

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telephon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4506

Insertenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.90 M., bei Plauvorchrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Seite 1.70 M., Reklame-Kolonelleise 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die folgende Nummer mittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Will Kahr reden?

München, 14. Februar. (Eigene Drahtmeldung der V. Z.) Wie unser Münchener Berichterstatter erfährt, soll angeblich am Mittwoch eine besondere Plenarsitzung des Landtages einberufen werden, in der der Ministerpräsident Aufklärung über die von den sozialistischen Parteien in bezug auf die Entwaffnungsfrage gestellten Fragen geben will.

Die Dena meldet über dasselbe Thema unterm 12. Februar: Ministerpräsident von Kahr ist nach den gestrigen Lärmereien im bayerischen Landtag gewillt, dem Vorstoß der Sozialdemokratie gegen seine Regierung, der in den gestrigen Vorfällen zum Ausdruck kam, entgegenzuwirken, indem er sich zu weitgehenden Aufschlüssen bereit erklärt hat. Da der Protest der Sozialdemokratie im Landtag in der Hauptsache durch die langwierigen Beratungen zur Feststellung der Antwort an die Reichsregierung und durch deren Nichtveröffentlichung hervorgerufen ist, treten die heutigen Münchener Morgenblätter dafür ein, daß der Wortlaut nunmehr bekanntgegeben wird. Die Veröffentlichung dürfte aber nicht bloßer Formalitäten halber, über den Sonntag hinaus zurückgefallen werden.

Nach anderen Meldungen ist die Note der bayerischen Regierung in Berlin eingegangen. Die Regierung Kahr fordert aber ihre Geheimhaltung!

Die Nachricht, daß Kahr Aufklärung geben will, muß deshalb mit Vorbehalt aufgenommen werden. Zumal auch die Erklärung der Regierung, die als die Unterwerfung unter das Entwaffnungsgebot aufgefaßt wird, von bayerischen Ordnungsbüchern wieder in einem Sinne ausgelegt wird, der erneuten Widerstand sehr ähnlich sieht.

Uebrigens besagt eine Meldung der Agence Havas vom 12. Februar:

Der deutschen Regierung ist am 9. d. M. eine Mitteilung zugegangen, wonach die Alliierten es ablehnen, in London über die Entwaffnungsfrage mit Deutschland zu verhandeln. Die Verhandlungen in London müßten sich ausschließlich auf die Wiedergutmachungsfrage beschränken und die Verzögerung der Entwaffnung über die gewählte Frist hinaus wirkt zu den bereits beschlossenen Maßnahmen gegen Deutschland führen.

Die sozialistische Presse Bayerns veröffentlicht Geheimdokumente, die da zeigen, daß u. a. in den Einwohnern noch eine geheime militärische Organisation besteht, das frühere Freikorps „Oberland“, deren Geheimparole ist:

Wir denken niemals daran, unsere Waffen abzugeben oder unsere Vereinigung aufzulösen. Selbst der Aufforderung unserer Regierung, die unsere etwaige Auflösung uns unter dem Druck der Entente verfallen wird, werden wir im gegebenen Falle nicht Folge leisten. Wir werden unter allen Umständen unsere Waffen behalten, wolle uns eines Tages das ganze Volk dankbar sein wird.

In dasselbe Kapitel gehören die folgenden Enthüllungen:

München, 14. Februar. (Eigene Drahtmeldung der V. Z.) Die bayerische Königsparade rückt entschieden von den Nationalisten und Nationalsozialisten ab. Ihr Organ schreibt in seiner Nummer 7: „Wenn seitens der Nationalisten jetzt geheime und anonyme Kräfte am Werke waren oder noch sind, ihre grundsätzliche Haltung, die sie bisher eingenommen haben, aber Wort zu werfen, daß sie in ihrem weitestgehenden Streben nach äußerer Macht nicht zurückweichen, die Weisenselbstmitleidlichkeit der sogenannten Ordnungsgeliebten Bayerns einfach über den Haufen zu werfen, das führt zu jenem Wideraufstehen der anarchistischen Gefahr. So konnte der bayerischen Staatsregierung, sofern sie überhaupt noch zu den politisch unterrichteten Personenzirkeln des Landes gehören will, nicht verborgen bleiben, daß man mit dem Gedanken der Aufrufung einer Schein-Regierung, mit dem Abenteuer vom Nationalsozialismus, ernstlich spielte und daß gerade solche Personenzirkel dem Abenteuer nahegetreten, die sich für die Aufrechterhaltung der Staatsbürgerlichen Ordnung wesentlich mit verantwortlich hatten. Die bayerische Staatsregierung hat nichts getan, um die Hoffnung dieser Kreise auf Erfolg rechtfertigen zu können. Man bekommt so unwillkürlich den Eindruck, als wenn in der Passivität der Münchener Polizei gegenüber diesen Fragen eine gewisse Aufmunterung gelaufen wäre, dafür aber spielte man, wie an allen Orten anonyme Kräfte am Werke waren, die Faktoren der Staatsgewalt vor vollendete Tatsachen zu stellen.“ Diese Warnung des monarchistischen Blattes zeigt, daß die Nationalisten wieder eifrig am Werke sind, neuerdings ihre Pläne durchzuführen.

Eine internationale Abrüstungskonferenz?

Der Kapitalismus hat wieder einmal gute Vorläufe, mit denen bekanntlich der Weg zur Hölle gepflastert ist. Er will den Völkern die Last der militärischen Rüstung leichter machen, was angesichts der Finanzzerstückelung durch den Weltkrieg allerdings eine sehr dringliche Aufgabe wäre. Vor kurzer Zeit hieß es, daß der neue Präsident der Vereinigten Staaten, Harding, sobald nach dem Austritt seines Amtes eine internationale Abrüstungskonferenz nach Philadelphia einberufen werde. Jetzt wird gemeldet, daß Englands Regierung ihm mit der Einberufung zu solcher Tagung zuvorkommt. Aus London wird vom 12. Februar gemeldet:

Der englische Vorkämpfer in Washington hat den Antrag erhalten, die amerikanische Regierung zu einer Konferenz einzuladen, auf der die Frage des allgemeinen Abrüstung von allen

Großmächten beraten werden soll. Die Konferenz soll im nächsten Herbst stattfinden. Der neue Präsident Harding soll erklärt haben, daß er mit ganzem Herzen an der Verwirklichung des Abrüstungsproblems mitarbeiten werde.

Diese Einladung Englands an Amerika steht fast wie ein Versuch aus, ein bedenkliches Wort zu vermeiden, das der englische Vorkämpfer in Amerika bei seinem derzeitigen Aufenthalt in London — nicht gesprochen haben will. Die amerikanische Hearst-Presse hatte ihm folgende Sätze in den Mund gelegt:

„Ich stelle fest, daß die Londoner und Engländer im allgemeinen sich keine Rechenschaft darüber abgeben, daß ihre Interessen mit denen der Vereinigten Staaten verbunden sind. Andererseits wissen gewisse Amerikaner nicht, was das England von heute ist. Sie haben immer noch die Vorstellung, es sei das England der Vorkriegszeit. Jedes der beiden Länder macht die Befriedigung der Forderungen des anderen unmöglich. Es ist ungescheit, daß diese beiden großen Nationen, von denen so unerschwere Interessen abhängen, sich in einen Bruch oder in den Krieg hineinstürzen lassen. Und das ist dies der Weg, den wir gegenwärtig verfolgen. Ein englisch-amerikanischer Krieg wäre für die Welt eine katastrophale allererstere Ordnung.“

Die Erregung, die diese Neuherung in Amerika hervorrief, hat die englische Regierung veranlaßt, sie abzuleugnen. Sir Alanhead Geddes, der Vorkämpfer, hat auch erklärt, daß er sie nicht anstand habe, die Hearst-Presse hat sich bei ihm entschuldigt und äußerlich ist die Sache beigegeben. Innerlich — das in Wirklichkeit ernste Spannungen bestehen, geht schon aus dem Bestreben der beiden angeführten Staaten hervor, einen Ausgleich ihrer Forderungen zu finden. England, das sonst in der Frage der Flottenrüstung stets auf dem Standpunkt beharrte, daß keine Flotte größer sein müsse, als die aller anderen Seemächte zusammen, zeigt sich jetzt zu Zugeständnissen bereit. Der englische Vorkämpfer in Washington soll ermächtigt sein, der amerikanischen Regierung zu erklären, England teile den amerikanischen Standpunkt, daß die Flotte gleicher Größe sein müsse. England hat eine Riesenslotte, Amerika bringt sie auf den gleichen Stand. So etwas nennt man dann Abrüstung und Friedenssicherung.

Die japanische Kammer hat mit 285 gegen 38 Stimmen eine Entschiedenheit, die die teilweise Abrüstung zur See verlangt, abgelehnt.

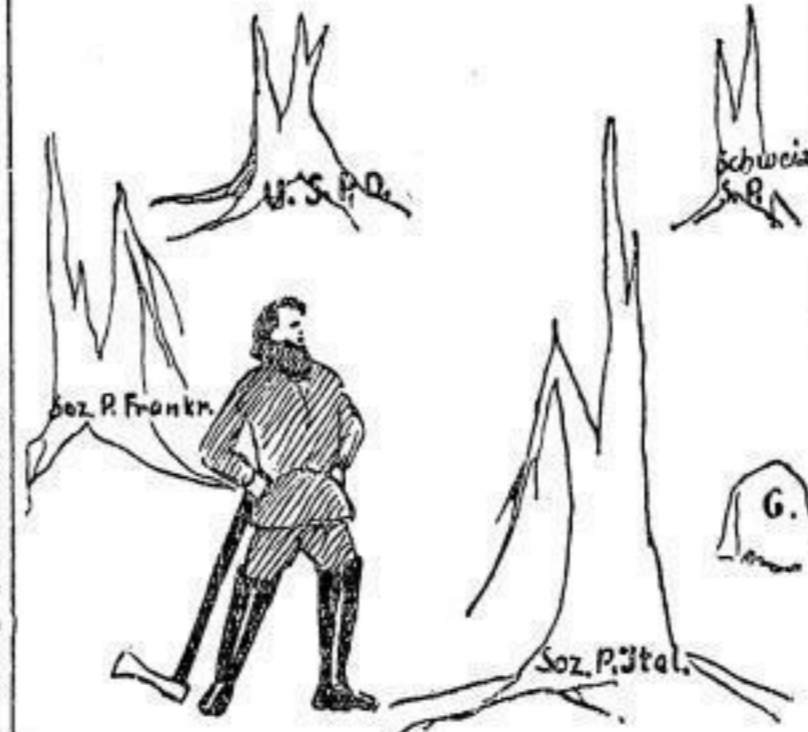
Die Oppositionspartei hatte den Antrag eingebracht. Er forderte, daß Japan im Einvernehmen mit England und Amerika seine maritimen Rüstungen einschränke, bezugsweise die Herabsetzung der japanischen Heeresstärke entsprechend den Vorschriften des Völkerbündepaktes. (?)

Die internationale Reaktion.

Kommunistenverfolgungen in Finnland.

Helsingfors, 12. Februar. Das Hofgericht in Abo verurteilte das Urteil gegen die Gründer der finnischen kommunistischen Partei. Wegen die im vergangenen Frühjahr eine Klage wegen Vorbereitung zum Hochverrat angestrengt wurde. Die vierzehn Angeklagten wurden zu Zuchthausstrafen von fünf bis vierzehn Jahren verurteilt.

Wie der Kommunismus den Boden für die Weltrevolution bereitet.



„Schon wieder eine Spaltung mit 21 Streichen vollbracht!“

Oberschlesien und der Sozialismus.

Walter Dohme, Berlin.

Die polnische Presse Polens wie Oberschlesiens und auch ein Teil der polnisch orientierten deutschen Presse Oberschlesiens beschäftigen sich mit den Ausführungen, die ich über das Problem Oberschlesiens vom Standpunkt des Sozialismus aus an dieser Stelle gemacht habe. Auf die Äußerungen der bürgerlichen Presse, die sich in Verdrehungen und Entstellungen meines Artikels zur polnischen Propaganda gefallen, will ich nicht eingehen, dagegen scheint es mir notwendig, sich mit den Ausführungen auseinanderzusetzen, die am 15. Januar in dem sozialistischen polnischen Organ Oberschlesiens, der in Katowitz erscheinenden Gazeta Robotnicza, über meinen Artikel gemacht worden sind. Es ist bemerkenswert, daß die Gazeta Robotnicza in voller Sachlichkeit und wenigstens in der Form sich frei haltend von nationalitätlichen Ausfällen, das schwierige Problem behandelt.

Die Gazeta Robotnicza behauptet, daß die Angliederung Oberschlesiens an Deutschland von allen Schichten der polnischen Bevölkerung, auch der Arbeiter, als Unrecht empfunden würde und deshalb eine Revanche-Idee in Polen entstehen müsse, die auch bei der Arbeiterschaft die Entwicklung des internationalen Sozialismus verhindern. Der Verfasser vergißt leider, daß dies keine Erledigung der Frage sein kann, da diese Erledigung in wahrlich höchstem Maße im umgekehrten Falle in Deutschland eintreten wird. Der Artikel behauptet weiter, daß Deutschland die ober-schlesische Kohle für einen Revanchekrieg gegen Frankreich benutzen werde. Er verkennt leider, daß die Gefahr, daß Polen die ober-schlesische Kohle gegen Sowjetrußland denkt, viel größer ist. Die deutsche Arbeiterschaft ist stark genug, sich gegen einen Revanchekrieg zu wehren. Sie hat den Versuch der revanchierten Mittelern Reaktionäre im Rapp-Bußch in vorbildlicher Weise gescheitert gemacht, während die polnische Arbeiterschaft unter Führung der polnischen sozialistischen Partei Monate hindurch sich in den Dienst der Entente, in den Sold des Entente-Kapitalismus zur Bekämpfung der roten Armeen in Sowjetrußland gestellt hat. Gerade die Erwägungen über die Möglichkeit eines Aufbaues der Kriegsindustrie in Oberschlesien ergeben im Interesse des internationalen Sozialismus die Forderung, daß dieses Gebiet unter Kontrolle der starken Arbeiterorganisationen steht und nicht den noch bis vor kurzem im nationalitätlichen Zirkel verhafteten, bedeutungslosen polnischen Arbeiterorganisationen überliefert wird. Es ist eigenartig, daß die Gazeta Robotnicza immer von einer Benachteiligung der polnischen Arbeiter in Oberschlesien spricht. Wir müssen hier einmal in aller Deutlichkeit erklären, daß es für einen internationalen Sozialisten in Oberschlesien weder eine polnische noch deutsche Arbeiterschaft gibt. Wir kennen nur die große ober-schlesische Arbeiterfrage, in der nationalitätliche Momente überhaupt nicht in Frage kommen können, sondern die einzig und allein vom internationalen Gesichtspunkte aus gelöst werden kann. Es ist tief bedauerlich, daß die sozialistische polnische Presse Oberschlesiens es für ihre Pflicht hält, nationalitätliche Ideen mit einer wahren Begeisterung in die Arbeiterschaft zu tragen. Denn ganze Artikel sprechen nur vom nationalitätlichen Kampf und kennzeichnen internationale Beweggründe überhaupt nicht. Anstatt gegen die nationalitätliche Verhüllung Front zu machen, unterstützt die polnische sozialistische Presse noch diese, die Arbeiterschaft verwirrende Propaganda und scheut sich nicht, von Oberschlesien als dem zweiten Elsch-Pohlbringen zu sprechen! Diese Gedankengänge müssen wir als unsozialistisch weit von uns weisen, sie zeigen nur, wie weit entfernt die polnischen Sozialisten noch von der wahren Erkenntnis des Sozialismus sind. Vielleicht helfen einige prinzipielle Fragen unsern Genossen in Polen und in Oberschlesien zur besseren Erkenntnis der sozialistischen Ideen.

Wir Sozialisten sind uns darüber im klaren, daß der Volksabstimmungskampf um Oberschlesien für den internationalen Sozialismus nur ein verhältnismäßig unbedeutendes Ereignis angesichts des kommenden großen Kampfes zwischen Kapitalismus und Arbeiterschaft ist. Für diesen Kampf aber kennen wir weder polnische noch deutsche Arbeiterschaft, sondern nur eine geschlossene ober-schlesische Arbeiterorganisation. Von diesen ober-schlesischen Arbeitern verlangen wir, daß sie sich heute klarmachen, an welcher Seite sie diesen großen Kampf zwischen Kapitalismus und Arbeiter besser werden führen können. Unsere polnisch sprechenden Genossen werden nicht leugnen, daß die ober-schlesische Arbeiterschaft noch weit hinter der sozialistisch geschulten, organisierten durchgebildeten, an proletarischer Disziplin gewöhnten, übrigen deutschen Arbeiterschaft zurücksteht. Unsere polnischen Genossen werden weiter nicht bestreiten, daß nur systematische, energische Aufklärungsarbeit die ober-schlesische Arbeiterschaft nach rechts für diesen Kampf stärken und in ihrer Klassenkenntnis reif machen kann. Unsere polnischen Genossen werden uns auch zeigen müssen, daß die sozialistische Bewegung in Polen nicht nur

genug ist, um diese Riesenaufgabe zu lösen, die selbst für die deutschen Sozialisten ein schweres Stück Arbeit sein wird. Wo soll die oberste Arbeiterschaft ihren Halt suchen, wenn sie losgerissen von der großen deutschen Gewerkschaftsbewegung, von den starken deutschen Arbeiterparteien, zum Kampfe gegen den Kapitalismus überlassen wird. Der oberste Arbeiterkapitalismus wird, wenn Obersteilen zu Polen gehört, von den Hilfstruppen des deutschen Kapitalismus niemals überschritten sein. Die Kapitalisten sind international genug, sich auch über eine deutsch-polnische Grenze hinweg die Hände im Kampfe gegen die Arbeiterpartei zu reichen. Können sich die polnischen Genossen wirklich stark genug, diesen Kampf gegen den mit dem deutschen Kapitalismus verbündeten obersteilen Kapitalismus zu führen? Sie werden als ehrliche internationale Sozialisten zugeben müssen, daß die polnischen Arbeiterorganisationen dieser Aufgabe nicht gewachsen sind, ja, daß sie nicht einmal Kraft genug aufbringen werden, um der deutschen Arbeiterorganisation die Möglichkeit einer Mitbestimmung in einem polnischen Obersteilen zu sichern. Polen und Frankreich sind heute die Länder des Militarismus und dieser Militarismus wird dafür Sorge tragen, daß die Verbindung zwischen den obersteilen Arbeiterorganisationen und den deutschen Gewerkschaften und Arbeiterparteien gründlich zerstört wird. Bleibt aber die obersteilen Arbeiterpartei mit der staatlichen Zwangsarbeit zu Deutschland im Verbands der deutschen Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen, so wird die gesamte deutsche Arbeiterpartei mit ihren sozialistischen vordringlichen Organisationen, mit ihrer ganzen Macht, die sie im Generalkrieg im März 1920 bewiesen hat, der obersteilen Arbeiterpartei im Lebenskampfe zu Hilfe eilen. Sie wird dabei keinen Unterschied zwischen deutschen und polnischen Arbeitern machen, sondern nur das Interesse des internationalen Sozialismus kennen. Von diesem Gesichtspunkte aus, den auch unsere polnischen Genossen nicht werden widersprechen können, müssen wir als internationale Sozialisten von der Arbeiterpartei erwarten, daß sie bei ihrer Stimmabgabe dafür sorgt, daß die Verbindung zwischen den starken Arbeiterorganisationen Deutschlands und der obersteilen Arbeiterpartei nicht dadurch zerstört wird, daß ein Teil der obersteilen Arbeiterpartei dem polnischen Reiche angegliedert wird.

Simons Kritik an den Pariser Beschlüssen.

Stuttgart, 13. Februar. Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Simons, der heute zum Besuch der württembergischen Regierung eingetroffen ist, sprach heute vormittag in einem der größten Säle der Stadt über die politische Lage, wie sie durch die Pariser Noten und die bevorstehenden Londoner Verhandlungen gekennzeichnet ist.

Der Minister begrüßte zunächst die Gelegenheit, die ihm gegeben werde, sich davon zu überzeugen, ob die Stellungnahme der Reichsregierung auch im deutschen Süden den Beifall der Bevölkerung finde. Ueber die Stellungnahme selbst seien in letzter Zeit Zweifel entstanden, besonders infolge der Annahme der Einladung nach London. Diese Zweifel seien unbegründet. Die Erklärung, die der Minister im Reichstag abgegeben habe, bestehe vollkommen zu Recht. Eine nähere Prüfung der Pariser Beschlüsse habe das damals gefällte Urteil nur bestätigen können. Auch durch die zahlreichen Reden, die seitende Staatsmänner der Entente in den letzten Wochen gehalten hätten, sei die Durchführbarkeit der Pariser Beschlüsse nicht erwiesen worden.

Der Minister legte sich hierzu insbesondere mit den Reden von Lloyd George, Briand und Graf Storja auseinander. Er bemängelte, daß keiner dieser Staatsmänner es für der Mühe wert erachtet hätte, aus dem Material der Brüsseler Konferenzen den Nachweis auch nur zu versuchen, inwieweit Deutschland zur Zahlung der ungeheuerlichen jährlichen Annuitäten von 6 Milliarden Gold jährlich fähig sei. Keiner habe praktisch dargelegt, wie man sich solche Leistungen finanziell und wirtschaftlich zu denken habe. Statt dessen habe man nur völlig phantastische Pläne über die künftige Höhe des deutschen Exports gebracht, für die jede, auch nur die geringste Unterlage fehle. Ueber die zwölfpromzentige Ausgabebelastung seien die verschiedensten Ansichten zutage getreten, die vielfach in völligem Widerspruch zueinander ständen, aber unvereinbar mit den Interessen nicht nur der deutschen Wirtschaft, sondern des internationalen Wertes überhaupt seien.

Die bisherige Debatte habe nur eines mit voller Klarheit ergeben, daß die Reparationsbestimmungen des Friedensvertrages die ungeheure Aufgabe des Wiederaufbaues der europäischen Wirtschaft nicht gelöst hätten, sondern durch neue Bestimmungen ersetzt werden müßten.

Die neue Lösung könne aber nicht diktiert werden, sie müsse vereinbart werden.

Da die Hauptlast der Aufgabe auf Deutschlands Schultern falle, sei es nötig, Deutschlands freiwillige Zustimmung zu gewinnen. Die deutsche Regierung habe ihre Verpflichtung zur Erfüllung des Friedensvertrages grundsätzlich anerkannt, und sei auch von der Notwendigkeit überzeugt, daß das deutsche Volk, indem es sich für die Unterzeichnung des Vertrages von Versailles entscheidet, es auf sich genommen habe, bis an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit für die Heilung der Schäden des Krieges zu arbeiten. Die deutschen Gegenvorschläge würden zeigen, daß Deutschland seine Pflicht ernst nehme. Es werde sich bemühen, Vorschläge zu machen, die zwar nicht mit phantastischen Plänen prunkten, aber den Vorzug hätten, praktisch durchführbar zu sein und die dringendsten Bedürfnisse der alliierten Länder zu befriedigen.

Der Redner charakterisierte die durch das große Defizit hervorgerufene finanzielle Notlage Frankreichs und die Sorge Englands vor der Konkurrenz der deutschen Industrie und der Arbeitslosigkeit der englischen Industrie. Aus diesen Bedürfnissen und Sorgen heraus müssen

die deutschen Gegenvorschläge

gestellt werden. Ueber deren Inhalt erklärte der Minister, seine näheren Angaben machen zu können, da die Prüfung der Sachverständigen noch in vollem Gange sei. Er beschränkte sich deshalb darauf, darzulegen, welche Fehler der Pariser Beschlüsse nicht wiederholt werden dürfen. Der Hauptfehler sei der, daß die Pariser Konferenz die Aufgabe zu sehr als ein finanzielles Problem und zu wenig als Produktionsproblem ansah. Was die europäische Gesamtwirtschaft brauche, nämlich eine große internationale Anleihe zum Zweck ihres Wiederaufbaues, insbesondere des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete und zur Heilung der sonstigen Kriegeschäden, sei nur erreichbar, wenn man eine ganze Anzahl der komplizierten Bestimmungen des Friedensvertrages durch einfache und klare Finanzverbindlichkeiten ablöse. Weiterhin bedürfe es einer Verständigung über die Bedingungen, unter denen der deutsche Export, die einzige dauernde Quelle für deutsche Zahlungen, gesteigert werden könne, ohne sich selbst sowohl wie die Industrie der übrigen Staaten aufs Schärfste zu gefährden. Die zwölfpromzentige Exportsteuer sei, wie der Minister des Näheren ausführte, dann lebensfähig, wenn sie durch geeignete Mittel. Man solle darüber die industriellen Sachverständigen der beteiligten Länder in unmittelbare Verhandlungen einziehen lassen. Endlich aber müsse auch das technische Problem des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete energisch angefaßt werden. Es gebe nicht an, daß Frankreich und Belgien jede technische Mit-

arbeit Deutschlands ablehnten, ohne selbst imstande zu sein, die Aufgabe zu lösen. Deutschland biete ungenügende Hilfe an; es wolle weder Kolonien gründen, noch Kongewinne machen. Es habe nur die Pflicht, ungeheure Summen zu zahlen und zu verzichten für Arbeiten, die es bereits mit sehr viel geringeren Kosten hätte ausführen können.

Der Minister erklärte, er sei sich bewußt, daß jeder Vorschlag, den die deutsche Regierung mit gutem Gewissen machen könne, bei der Gegenseite einen ähnlichen Sturm der Entrüstung auslösen werde, wie er jetzt bei der Bekanntgabe der Ententesforderungen durch Deutschland gebraucht sei. Das sei eben die Folge des Fehlers, zahlensmäßige Forderungen auszusprechen, ohne man den Versuch einer Verständigung über die wirtschaftlichen Unterlagen der Reparationspflicht zu Ende geführt habe. Hätte man das Brüsseler Programm zuerst verwickelt, so wäre es vielleicht möglich gewesen, nach dem sogenannten Soudanischen Vorschlag zu einer vorläufigen Regelung der deutschen Leistungen zu gelangen. Jetzt sei das ausgeschlossen, weil das deutsche Volk hinter jedem Preisverfall die ungeheure Zahl von Goldmilliarden wie ein Gespenst aufscheine. Er sei keine unbedenkbar, daß der Reichstag ein solches Abkommen annehmen werde.

Die Annahme jedes Abkommens, das in London geschlossen werden kann, durch die deutschen geschäftlichen Körperlichkeiten erklärte der Minister für notwendig, weil darin eine Veränderung des Friedensvertrages von Versailles und daher der Reichsgesetzgebung enthalten sei. Die Gegner hätten ja anerkannt, daß ihre Vorschläge vom Friedensvertrag abwichen. Der französische Ministerpräsident habe das schärfste Urteil über diesen Vertrag gesprochen, das bisher überhaupt gefällt worden sei: Er sei nicht lebendig. Dieses Urteil erscheine dem Redner zu hart, weil der Vertrag in vielen seiner schwersten Bestimmungen nur allzu wirksam sei. Aber darin habe Briand Recht, daß gerade die Reparationsbestimmungen sich als lebensunfähig erwiesen hätten. Diese Erkenntnis unserer Gegner, daß das Werk von Versailles veränderungsbedürftig sei, bilde einen Mitposten in der Bilanz der Pariser Konferenz.

Die Schwierigkeiten einer richtigen Veränderung des Vertrages werden nach Meinung des Ministers dadurch vergrößert, daß die Basis der Verständigung nicht breit genug gewählt worden ist. Bei der übertragenden Stellung, die sich die Vereinigten Staaten von Amerika als Gläubiger der Entente und als Rohstofflieferant für die europäische Industrie mit Recht für die Reparationsfrage beimesen können, erscheine es auffällig, daß die Londoner Konferenz auf einen Zeitpunkt angelegt sei, in dem die amerikanische Regierung nicht in die Debatte eingreifen könne. Ebenso nachteilig wie das Fehlen Amerikas werde sich auch die ungeklärte Lage im Osten für eine dauerhafte Lösung des Reparationsproblems geltend machen. Wenn die Gegner damit rechnen, daß Deutschland durch gesteigerten Export Reichtümer für die Reparation verfügbar stellen werde, so müßte ihnen daran liegen, die deutsche Industrie, statt auf ihre eigenen Märkte, auf die des Ostens hinzuwenden. Statt dessen habe es den Anschein, als ob man auch hier zu einer Erdöffnungspolitik greife, wie sich aus der Vereinfachung der deutschen Wirtschaftsverhandlungen mit den Oststaaten ergebe. Das Problem werde nicht groß genug und nicht einheitlich genug aufgestellt. Man könne ihm nur beikommen, wenn man statt der Gedanken der Strafe und der Konkurrenz die Gedanken der Hilfe und der Solidarität in den Vordergrund stelle.

Zum Schluß forderte der Redner die Zuhörer auf, jeder in seinem Kreise dahin zu wirken, daß die einheitliche Stimmung, mit der bisher das deutsche Volk den Pariser Beschlüssen gegenübergetreten sei, nicht im Streit über Einzelheiten gefährdet werde, sondern daß die Männer, die Deutschland zu vertreten haben wüßten, sich dabei getragen fühlten von der einmütigen Unterstützung ihrer Volksgenossen.

Eine Untersuchungskommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes für Oberschlesien.

Berlin, 14. Februar. (Eigene Drahtmeldung der P. V.) Wie die Welt am Montag aus Amsterdam vom 13. Februar hört, wird am 20. ds. Mts. die Kommission des internationalen Gewerkschaftsbundes, die in Oberschlesien die Abstimmungsfrage vom Standpunkte der internationalen Arbeiterpartei aus studieren soll, in Berlin eintreffen. Dieser Kommission gehören neben dem Holländer F. J. M. M. auch der bekannte französische Gewerkschaftsführer J. N. H. an.

Nach einer Meldung der Netz-Politik aus Warschau vom 12. Februar soll der Volksabstimmungsstern für Oberschlesien für Einheimische auf den 20. März und die außerhalb Oberschlesiens Wohnenden auf den 3. April festgesetzt werden.

Noch kein Friedensschluß im Osten.

Die gleich etwas Befremdlich klingende Nachricht vom plötzlichen Abschluß des russisch-polnischen Friedens wird widerrufen — sie war verfrüht. Sehr verfrüht sogar, wie es scheint. Denn die beiden Parteien erheben gegeneinander heftige Angriffe wegen Sabotierung der Verhandlungen. In einem Artikel Stokows in der 'Zawetnja', der durch den Moskauer Funddienst verbreitet wird, heißt es, daß Polen, nachdem es sich vorher mit der Auslieferung der polnischen Forderung an den russischen Goldschah durch Waren einverstanden erklärt, jetzt wieder Auszahlung in Gold fordere. Ueber die Höhe des Anteils besteht auch noch eine erhebliche Differenz — Polen fordert 85 Millionen, während Rußland 20 Mill. Goldrubel bietet; Stokow schließt: Das seltsame Verhalten der polnischen Regierung ist auf Kullensarbeit der Entente diplomatie zurückzuführen. Sowjetrußland wünscht den Frieden, aber es wird keinem Druck nachgeben, der von außen kommt.

Vom 11. Februar wird aus Warschau gemeldet: Die litauische Friedensverhandlungen dauern in schleppe dem Tempo fort. Nach einer Pause von einigen Tagen ist der Redaktionsausschuß unter Teilnahme von Toffe und Dombek wieder zusammengetreten, um die Frage der Widerleistung des rollenden Materials zur Entscheidung zu bringen. Die Sitzung verlief, ohne konkrete Ergebnisse zu zeitigen.

Rußland gegen die Intervention des Völkerbundes in Wilna.

Riga, 9. Februar. Litauische in hat dem litauischen Gesandten in Moskau eine Note überreicht, in der es heißt, Wilna sei der Sitz weisheitsvoller Elemente geworden und der Völkerbund wolle Truppen nach Wilna entsenden, weswegen man eine Intervention befürchten könne. Zum Schluß äußert er die Überzeugung, daß die litauische Regierung Schritte unternehmen werde, um die Truppen des Völkerbundes nicht nach Wilna zu lassen, weil das die Sicherheit Rußlands gefährde. Wenn auch durch den Präliminarfrieden von Riga die Zugehörigkeit der Gebiete zu Polen oder Litauen durch die Stagnation entschieden werde, so müsse, solange Polen und Litauen sich nicht einig hätten, der russisch-litauische Vertrag auch für Wilna maßgebend sein.

Erdichtete kommunistische und tatsächliche reaktionäre Putschpläne.

Die Deutsche Tageszeitung wartet ihren Lesern wieder mit einer Schauergeschichte auf. Danach soll von den kommunistischen Groß-Berlinern für den 1. März ein Putsch vorbereitet werden, der auf den Befehl Moskows in Szene gesetzt werden soll. Der angebliche Plan, der von der Deutschen Tageszeitung bis in alle Einzelheiten mitgeteilt wird, steht die Zerstörung Groß-Berlins und genaueste Maßnahmen über den Verlauf der Aktion vor.

Diese planmäßig bald hier bald da in den reaktionären Zeitungen auftauchenden Schauergeschichten über kommunistische Putschpläne, die nur den Zweck haben, die eigenen zu verschleiern und zu rechtfertigen, werden anscheinend selbst der Regierung schon zu dünn. Der preussische Staatskommissar für öffentliche Ordnung demontiert energisch die Meldung der Deutschen Tageszeitung, wobei er ihr zwar das Zustandekommen macht, daß linksradikale Pläne für die gewaltsame Einsetzung der Diktatur des Proletariats bestanden, aber hinzusetzt, daß mit einer Ausführung dieser Pläne in absehbarer Zeit nicht gerechnet werden kann. Interessant ist auch seine Begründung:

Einmal fehlt es an der Bereitschaft der Massen der Arbeiterpartei, dem Ruf der kommunistischen Partei zu folgen. Im Gegenteil muß festgestellt werden, daß die große Mehrheit der deutschen Arbeiter das Bedürfnis nach Ruhe empfindet. Ich dem Bedenken nachzugehen will (höchstens gesagt, D. Red.) und es entschieden ablehnt, sich von den Kommunisten auf die Straße treiben zu lassen. Weiter fehlt es den Linksradikalen zur Durchführung ihrer Absichten an hinreichender Bewaffnung und sicherlich auch an Geldern, da die russische Quelle schon seit längerer Zeit anscheinend wärlich läuft. Endlich steht die Uneinigkeit in der KPD, selbst und der Streit, der zwischen dieser und KAPD herrscht, einer großen einheitlichen Aktion hindernd im Wege.

Während sich so die angeblichen kommunistischen Putschpläne in Luft auflösen, häufen sich die Nachrichten von der Aufdeckung von Waffenlagern, die zur Bewaffnung der Reaktion dienen sollen. So meldet das Wolff-Bureau von einem neuen Waffenfund:

Braunschweig, 12. Februar. Unweit Braunschweig wurde gestern in einem Gehölz in der Erde vergraben ein Munitionslager von mehreren hundert Handgranaten und Zündern gefunden. Der Fund wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Es ist naheliegend und der Verdacht wurde von unserer Seite schon oft ausgesprochen, daß militärische Stellen bei der Waffenversteigerung zur Armierung der Orpels ihre Hand im Spiele haben — wäre es doch sonst unerfindlich, woher die Orpels ihre stattlichen Waffenlager bezöge. Bestätigt wird unser Verdacht nun beim Orpels-Stand in Berlin-Westend, von dem wir in unserer letzten Nummer berichteten. Bekanntlich hatte die Polizei vor einigen Tagen in Westend zahlreiche Waffen beschlagnahmt und festgehalten, daß diese Waffen von Mitgliedern der Orpels-Organisation, einem Assessor Dr. Heul und Genossen nach Westend verbracht worden sind. Polizeiliche Feststellungen haben jetzt auf Grund von Aussagen Beteiligter ergeben, daß Heul und Genossen die Waffen aus der Oberfeuerwerker-Schule in der Rehter StraÙe abgeholt haben. Da die Oberfeuerwerker-Schule ein militärisches Dienstgebäude ist, besteht der Verdacht, daß Militärpersonen bei der Wegführung der Waffen ihre Hand im Spiele gehabt haben. Welche Personen hierfür als Schuldige in Betracht kommen, hat die zuständige Militärbehörde bisher natürlich noch nicht ermittelt.

Ein Gesekentwurf über die Arbeitslosenversicherung.

Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, wird dort zur Zeit der Entwurf des Gesetzes über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung vorbereitet. Bekanntlich hätte die Reichsregierung im vorigen Jahre dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung vorgelegt. Die ungünstige Entwicklung, die der Arbeitsmarkt seit dem Sommer vorigen Jahres genommen hat, hat dann aber Anlaß dazu gegeben, diesen Entwurf zunächst zurückzustellen, weil die Kriegversicherungsgrundsätze, nach denen der Entwurf aufgestellt war, mit dem unzureichenden Niveau der Arbeitslosigkeit und mit der Art ihrer örtlichen Verteilung bis auf weiteres nicht vereinbar erschienen. Der Reichsarbeitsminister hat sich dann von der Reichsregierung ermächtigen lassen, einen neuen Entwurf auszuarbeiten, der den ganz ungewissen Bedingungen der Übergangszeit gemäß nur eine vorläufige Regelung bringen soll. Der Entwurf wird von den Grundzügen der Arbeitslosenversicherung alles das zu verwerflichen suchen, was sich nicht bei besonderen Bedingungen vertragen, und wird insbesondere die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu tätiger Mitverantwortung heranzuziehen suchen. In seinem organisatorischen Aufbau wird er sich eng an den Entwurf des Arbeitsnachweiseschekes anschließen. Es ist zu hoffen, daß der Entwurf schon im März d. J. mit den Reichsressorts, den Ländern und Interessenten erörtert werden kann.

Eine ausführliche kritische Würdigung des Gesekentwurfs wird erst möglich sein, wenn uns der Entwurf im Wortlaut vorliegt. Aber schon aus den jetzt veröffentlichten Angaben geht hervor, daß die Arbeiter zu tätiger Mitverantwortung, d. h. zu Beitragsleistungen zur Arbeitslosenversicherung herangezogen, also für die Widerständigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsmethode nicht nur mit Arbeitslosigkeit, sondern auch mit Lohnabhängigkeit bestraft werden sollen. Die Regierung hat es in der Tat sehr eilig, die künftigen Fortschritte, die uns die Revolution gebracht hat, gänzlich abzuhauen.

Die Regierung sabotiert den Handelsverkehr mit Rußland.

Die Dem veröffentlicht folgende Schreiben aus Industrie- und Handelskammern, das interessante Streiflichter auf die engstirnige Politik der Regierung gegenüber Rußland wirft: Nachdem man schon den Eindruck gewonnen hatte, daß die russischen Aufträge an die deutsche Industrie zahlreicher würden und besonders auch die allfälligen vorhandenen Schwierigkeiten im Zahlungsmodus behoben seien, macht sich in der letzten Zeit wieder ein Rückgang in diesen Aufträgen bemerkbar. Wie nun bekannt wird, ist der Grund darin zu sehen, daß die deutsche Regierung die größte Abweigerung dagegen an den Tag legt, den für die Durchführung großer Aufträge erforderlichen Fachleuten die Einreiseerlaubnis zu geben. So wurde durch die Verweigerung einer solchen Einreiseerlaubnis in diesen Tagen das Zustandekommen eines sehr großen Auftrages über Lieferung von Papier nach Rußland vereitelt. Besonders unverständlich muß aber das Verhalten der fraglichen amtlichen Stelle erscheinen, wenn bekannt wird, daß eine tschechoslowakische Abordnung von Industriellen und Kaufleuten in diesen Tagen mit russischen Vertretern in Berlin über die Anbahnung engerer Handelsbeziehungen zu Rußland verhandelt und gleichzeitig recht bedeutende Aufträge in landwirtschaftlichen Maschinen und anderen Geräten mitgenommen hat. Kann sich Deutschland bei seiner Finanzlage den Luxus erlauben, fremde Aufträge ins Ausland gehen zu lassen, die es selbst ausführen könnte? Englands und Schwedens Ausfuhr nach Rußland wächst ohne daß schon Handelsverträge vorliegen, von Tag zu Tag. Die deutsche Regierung aber erschwert durch die erwähnte Maßnahme die so dringend gebotene Erweiterung unserer Absatzmöglichkeiten im Ausland.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 14. Februar.

Parteiangelegenheiten.

Parteileitung, Kartellauschuss, Propagandakommission.

Die Sitzung für morgen (Dienstag) findet in der Tauchaer Straße 18/21, 2. B., statt, nicht Volkshaus.

Bezirksleitung der USPD.

Ortsverein L-Thonberg und L-Stötteritz. Der für Dienstag, den 15. Februar, angelegte Familien-Diskussionsabend fällt aus. Die Leitung.

Stötteritz. Beifasserer! Die Beifasserer werden erlucht, sich heute abend in der Geschäftsstunde vollzählig einzufinden.

Kendnig. Dienstag, 15. Februar, abends 7 1/2 Uhr, Funktionär-Sitzung bei Wehmann.

Ortsverein Wahren. Funktionäre, Dienstag, 15. Febr., abends 7 Uhr, wichtige Besprechung im Birkenhölzchen bei Lehnde. Erscheinen aller notwendig.

Genossinnen der USPD, die sich an den Spielnachmittagen der Kinder beteiligen, treffen sich Donnerstag, 17. Februar 1921, abends 7 Uhr, im Jugendheim, Braustraße 17.

Betriebsräte, Arbeiter- und Angestelltenräte und Betriebsobmänner der Gruppe 1 (Bank, Handel und Versicherung): Dienstag, 15. Februar, abends 7 Uhr, Vollversammlung im Volkshaus, Café links. Tagesordnung: Betriebsratsstätigkeit in der Praxis. Referent Genosse Bronze.

Teilnehmer der Tenis-Luxus 1-4, die an vier Vorträgen des Genossen Braunthal über Werttheorie, Geldtheorie, Walfatragen und weltwirtschaftliche Lage teilnehmen wollen, werden erlucht, ihre Adressen bis Freitag, 18. Februar, im Kartell, Abteilung Betriebsräte, niederzulegen.

Gewerkschaftskarteil Leipzig.

Die schwarz-weiß-rote Demonstration auf dem Augustusplatz.

Der gestrige Sonntag war der Tag der Leipziger Philister, der Kriegsverbrecher, der Kriegsgewinnler, der ehemaligen Anzionsisten. Unter Führung der bekannten „Liga zum Schutze der deutschen Kultur“ demonstrierten sie gegen die Forderungen der Entente. Ihnen angehängten hatten sich zahlreiche geistig Minderwertige, die immer dabei sind, wenn Militarismus ertönt und schwarz-weiß-rote Fahnen wehen.

Die Kreuze, die bei Beginn des Krieges nationalistische Niederbrüllten und andere in den Krieg zehnten, die schon nach einigen Monaten Krieg die halbe Welt annerkieren wollten, die von den „Feinden“ viele Milliarden Kriegskosten einzuziehen gedachten, die immer wieder das „Durchhalten“ predigten, die das arbeitende Volk ausbeuteten und aushungerten, die Millionen Kriegsgewinne aufhäufelten, sie protestierten gestern. Und sie hatten es sich was lassen lassen. Es war ein teuflischer Apparat ausgebaut worden, um eine „große Kundgebung“ zu erreichen.

Mit einer Protestversammlung im Zentraltheater begann der nationalstische Akt. Der Saal war gefüllt. Ein Herr Bierath aus Berlin sprach. Er empfahl zur passiven Resistenz zu greifen, wenn die Entente ihre Beschlüsse durchführen wollte. Die lächerlichste Phrase aber brachte er am Schluß an, wo er sagte: „Wir können sterben, aber unterzeichnen, das können wir nie.“ Und die letzten Speier spendeten minutenlang kümmerlichen Beifall. Dabei denken unsere Nationalisten nicht ans Sterben. Sie haben Hunderttausende der Armen und Kermisler langsam verhungern lassen. Sie selbst haben ihren Bauch gepflegt, und so würden sie es auch machen, wenn die Entente die Blockade verhängen und einmarschieren würde.

Nach der Versammlung formierten sich die Teilnehmer zu einem Umzuge durch die Ringstraßen. Voran trug ein Soldat der angeblich republikanischen Reichswehr eine schwarz-weiß-rote Fahne. Ihr folgte ein langer Zug, in dem drei Musikkapellen Marsche spielten. Es wurden zahlreiche Transparente mit Aufschriften mitgeführt. Auf einem Schild konnte man sogar lesen: Nieber mit dem Ententekapitalismus. Proteste gegen den deutschen Imperialismus, dessen Schuld an dem Kriege und Kriegesend wesentlich größer ist, entdeckte man nicht. Ein Patriot hatte sich eine ganz besondere Gesinnungsroheit geleistet; er trug auf einer Stange eine Puppe, die einen am Laternenpfeil aufgehängten Franzosen darstellen sollte. Es schelte auch nicht auf zwei kleinen Plakaten die Aufschrift, die dahin lautete, daß der Michel erst dann glücklich sein würde, wenn „alle Rosen“ so am Laternenpfeil hängen würden. Der Mann wurde von der nationalstischen Meute umlagert. Das entsprach so recht ihrer brutalen Gesinnung. Dieser große Unfug konnte nahezu bis Ende der Kundgebung dauern. Er illustrierte trefflich die „deutsche Kultur“, wie sie unsere Reaktion auffaßt. Schließlich schritt ein Polizeibeamter dagegen ein; er rief den Franzosen ab. Dagegen protestierte die Menge, und sie versuchte, ihn wieder an der Stange zu befestigen, wobei sie allerdings keinen Erfolg erzielte.

Eine Anzahl Redner hielten kurze Ansprachen, worauf Deutschland, Deutschland über alles gesungen wurde. Dann zog ein Teil der Nationalisten unter Vorantragen des schwarz-weiß-roten Lappens nach dem Hotel Astoria, wo die Entente-Kommission wohnt. Die aufgehekte Menge versuchte in das Hotel einzudringen, woran sie aber von Polizeibeamten gehindert wurde. Darauf wollte sie eine „Deputation“ absenden. Auch das gelang ihr nicht. So blies ihr weiter nichts übrig, als patriotische Lieder zu gröhlen und gegen Frankreich Hebrufe auszujoßen. Wahrscheinlich, ein würdiger Abschluß dieser von einer „Kultur“-liga veranstalteten Kundgebung.

Die christliche Kirche hat natürlich nicht fehlen dürfen. Sie hat die Wodwaffen gesegnet und den Kampf zwischen christlichen Wölfen gutgeheißen. Gestern wurde während des Gottesdienstes in der Thomaskirche eine Kundgebung des Deutschen evangelischen Kirchenausschusses mitgeteilt, in der „vor Gott und aller Welt“ feierlich Antlage erhoben wurde gegen die Forderungen der Entente. Es wäre besser gewesen, die deutsche christliche Kirche hätte schon während des Krieges ihre Stimme erhoben. Damals schwieg sie, damals billigte sie den fürchter-

lichen Krieg. Sie hielt „ebenfalls durch“, und sie hätte den deutschen Imperialismus gepriesen, wenn ihm der großangelegte Kauf fremder Landesteile gelungen wäre. All diese Proteste haben daher jetzt einen merkwürdigen Charakter. Natürlich kommt es der Reaktion dabei in erster Linie darauf an, „Sammlungspolitik“ zu treiben, das heißt, die Massen um ihre Fahnen zu versammeln. Zu diesem Zwecke benützt sie die jegige Gelegenheit.

An alle Kriegsoffer Leipzigs!

Alle Maßnahmen der Regierung zur wirtschaftlichen Sicherstellung der Kriegsoffer entbehren des ehelichen Willens, unsere gerechten Forderungen anzuerkennen und durchzuführen. Die Verelendung der durch den Krieg besonders ruinieren Menschen steht durch Hunger und Seuchen bedrohlich, weiteste Kreise. Dem muß entschieden entgegengetreten werden. Wägen auch Gegenstände mannigfacher Art innerhalb unserer Reichen bestehen, Not, Elend, Hunger und Krankheit zwingen uns zur Solidarität.

Um der bestehenden Klasse zu beweisen, daß wir nicht gewillt sind, elend zugrunde zu gehen, fordern wir die Kriegsoffer Deutschlands in allen Städten, so auch in Leipzig auf, am Sonntag den 27. Februar 1921, für folgende Forderungen in Demonstrationen, Versammlungen und Straßenkundgebungen mit aller zu Gebote liehenden Macht einzutreten:

- 1. Sofortige Auszahlung der nach dem R. V. G. zu zahlenden Rentenzüge für alle Kriegsoffer mit höchster Ausgleichszulage ohne Kürzungen.
2. Einmalige Teuerungszulage in Höhe dreifachen Monatsrents.
3. Nachzahlung der Löhne der Kriegsfamilienglieder.
4. Voller Ersatz für alle in Gefangenschaft abhanden gekommenen Gegenstände.
5. Erhöhung des Haug-, Taschen-, Uebergangs- und Kleidergeldes entsprechend den Teuerungverhältnissen für alle Sozialrentempfänger.
6. Abänderung der Vertrauensmännerordnung.
7. Gegen die willkürliche Auflösung der Lazarette.
8. Aufnahme in Uebergangsheimen unter Fortzahlung aller Gehälter bis zur endgültigen Entlassung.
9. Ausreichende Entschädigung für alle durch die außerordentlichen Verhältnisse des Krieges und des Friedensvertrages entstandenen Schäden der vertriebenen In- und Auslandsdeutschen.
10. Gezielte Regelung der staatlichen Flüchtlingsfürsorge.
11. Gleichstellung der Revolutionsoffer und aller Erwerbsbeschädigten mit den Kriegsoffern.

Kriegsoffer, erscheint in Massen! Es gilt der Regierung zu zeigen, daß wir nicht länger hungern und darben wollen! Internationaler Bund der Kriegsoffer (Gau Leipzig). NB. Zeit und Versammlungsorte werden rechtzeitig in der Leipziger Volkszeitung bekanntgegeben.

Der Kommunist im Kleider'schrank.

Zu welchen Mitteln die Kommunisten greifen, um die Veranstellungen der USPD zu beschleunigen, zeigt nachstehender Vorfal: Am Donnerstag, dem 10. Februar, nach Schluß der Arbeit, fand eine Sitzung aller auf dem Boden der USPD stehenden Betriebsräte, Vertrauensleute und Gewerkschaftsfunktionäre der Eisenbahnwerkstätten Engelsdorf im Betriebsratszimmer statt. Der in seiner Mehrheit aus Kommunisten bestehende Betriebsrat hatte wahrscheinlich ein großes Interesse daran, alles, was in der oben angeführten Sitzung beraten wurde, zu erfahren. Zu diesem Zweck wurde ein Spiegel, der Kommunist H. Kothke (Kommissar des Betriebsrats) in den im Sitzungszimmer stehenden Kleiderschrank gestellt, um alles genau zu beobachten. In der Sitzung wurden Fragen behandelt, die sich durch eine vorher stattgefundene Blickerkontrolle im Betrieb notwendig machten. Es wurde festgestellt, daß in dem Betrieb die USPD-Genossen in der Mehrheit sind. Nach Schluß der Sitzung, als sich alle USPD-Genossen entfernt hatten, kam das Betriebsratsmitglied W. Haug und holte den Spieghel aus dem Schrank heraus! Die Kommunisten lie zu empfehlen, ihre weitere Horcherei etwas schlaue anzustellen. Vielleicht schaffen sich Jäger und Genossen Tarnklappen an, damit sie in der nächsten Sitzung der USPD-Genossen unsichtbar verweilen können. Auch wird dann der große Reinfal vermieden, der diesmal zu verzeichnen war.

Die Arbeitsmarktlage in Leipzig im Januar 1921.

Die Zahl der Erwerbslosen, die am Schluß des Monats volle Erwerbslosenunterstützung bezogen, hat, wie das Arbeitsamt schreibt, gegenüber den vorhergehenden Monaten eine ungewöhnlich hohe Steigerung erfahren; sie ist von 11 857 auf 13 588, um 1731 = 14,6 Prozent (im Vormonat um 328) gewachsen. Auch die Andrangsziffer der Arbeitsuchenden beim Arbeitsnachweis war weit stärker als im Vormonat. Bei sämtlichen Abteilungen des öffentlichen Arbeitsnachweises waren mit dem aus dem Vormonat übernommenen Reste 23 067 (20 299) Arbeitsuchende, 18 443 (16 563) männliche und 4624 (3678) weibliche, zusammen 2828 mehr als im Vormonat, eingeschrieben. Den männlichen Arbeitsuchenden konnten 6394 (5079) und den weiblichen 2273 (2218) offene Stellen, zusammen 1470 mehr als im Vormonat, angeboten werden. Befehl wurden insgesamt 8051 (6648) Stellen, und zwar 6026 (4740) mit männlichen und 2025 (1908) mit weiblichen Personen. Nach auswärts wurden 507 (257) Stellensuchende vermittelt. Auf 100 männliche Arbeitsuchende entfielen 31,6 (30,6) und auf 100 weibliche 51,3 (60,3) offene Stellen. Von den 1403 Stellen, die mehr als im Vormonat vermittelt wurden, entfiel der Hauptanteil nach überdem Streit auf die Fachabteilung für die Metallindustrie. Auch die Fachabteilungen für das Bau-, Nachbeter-, Maler- und Ofenheizergewerbe, ferner die Abteilungen für das Gastwirts- und Mustergewerbe, für kaufmännische Angestellte, für die Hilfsarbeiter des Handels- und Transportgewerbes, für die Landwirtschaft, für das Schneider- und Schuhmachergerber konnten mehr Stellen anbieten und befehen als im Vormonat. Fast in allen Fachabteilungen blieb aber die Zahl der Vermittlungen hinter dem Zuzug neuer Arbeitsuchenden zurück. Besonders hoch ist die Zahl der Arbeitsuchenden in der Metallindustrie; von 8428 männlichen Bewerberinnen fanden nur 648 Beschäftigung. In der Holzindustrie bleibt der Bedarf an Arbeitskräften ebenfalls gering; von 1212 männlichen Arbeitsuchenden wurden 211 vermittelt. Die Zahl der männlichen Hilfsarbeiter für Handel und Transport stieg auf 1703, von denen nur 383 Arbeit erhielten. Für unelernte Arbeitskräfte, sowohl für männliche als auch für weibliche, ist die Arbeitsmarktlage höchst unünstig; das geringe Arbeitsangebot besteht hauptsächlich in kurzfristigen Ausschüßstellen, die den Arbeitsnachweis immer nur vorübergehend entlasten. Der Zuwachs von mehr als 1000 weiblichen Arbeitsuchenden und die geringe Zunahme des Arbeitsangebots von 155 Stellen verfehlerte die Arbeitsmarktlage für weibliche Personen gegenüber dem Vormonat erheblich. Nur die Abteilung für Hausangestellte konnte eine regere Vermittlungstätigkeit entfalten; 437 (254) Stellen wurden angeboten und 226 (123) befeh. Hier herrscht dauerndes Unterangebot an passenden Stellensuchenden. In der Abteilung für männliche Erwerbsbeschädigte ist die Zahl der Arbeitslosen auf 555 angewachsen, aber nur 30 konnten durch persönliche Prüfungnahme der Angestellten mit den Arbeitgebern in Stelle gebracht werden. Durch die Perakunastelle für männliche Jugendliche wurden 114 (103) Lehrstellen befeh.

Eine Sitzung der Stadtverordneten findet am Mittwoch, dem 16. Februar, abends 8 Uhr, statt. Das Kollegium wird u. a. beraten über die Eingabe wegen Erweiterung der Jugendfürsorge-Einrichtung „Stadtkinder auf Land“ auf Schulklasse; über vier Eingaben wegen Einschränkung bezw. Aufhebung der Bordelle;

über Konto 7 Beiträge zu gemeinnützigen Zwecken; über die Rückführung des Rates zu Konto 7; über Konto 47 Abgaben für die bürgerliche Gemeinde des Haushaltplans für 1920/21; über die Anpflanzung von Bäumen, die Änderung von Anlagen usw. zur Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge; über Erhöhung des Ausgleichszuschlags zu den Gehältern der Ratsmitglieder, Beamten, Lehrer an den höheren Schulen und ständigen Angestellten; über die neue Ruheordnungs für die Arbeiter der Stadt Leipzig; über die Eingabe wegen käuflicher Überlassung des Landes zwischen dem Neuen Theater und Hauptbahnhof an die Welt Handels-Palast-Aktiengesellschaft; über die Instandsetzung städtischer Gebäude zur Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge; über die Eingabe wegen des Lohnes der Straßenbahner.

Sozialistische Elternräte. In einer Besprechung der Vertreter der unabhängigen, mehrheitssozialistischen und kommunistischen Elternräte wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Den Rat zu erlöchen, die Elternratswahlen für alle Leipziger Volksschulen am 24. April, von vormittags 9 bis nachmittags 3 Uhr stattfinden zu lassen. Wahlvorschlüge sind bis zum 17. April einzulegen und müssen von fünf Personen unterzeichnet sein. 2. Eine geschlossene Front der Vertreter der weltlichen Schule herbeizuführen. Die Kandidatenlisten, die jede Partei getrennt aufstellt, sollen die Beteiligung tragen; Liste der weltlichen Schule. Kandidaten der USPD, resp. SPD, resp. KPD. In allen Schulen soll Listenverbindungen erklärt werden. 3. Die Elternräte sollen an allen Schulen nur 8 Mitglieder zählen. 4. In der ersten Elternversammlung nach Ostern soll zu den Wahlen Stellung genommen werden. Der Vorstand ist vorzuschlagen, den Eltern- und Lehrerrat als Wahlvorstand zu bestimmen. 5. In allen Schulen ist der Wahlkampf zu fördern. 6. Gemeinsame Angelegenheiten sollen in gemeinsamen Sitzungen der Elternräte aller drei sozialistischen Fraktionen behandelt werden, zu denen in den drei Parteiblättern unter der Stichmarke „Sozialistische Elternräte“ eingeladen werden soll. 7. Der Wahlkampf soll nicht gegeneinander, sondern mit aller Schärfe gegen die Befürworter der konfessionellen Schulen geführt werden.

Anmeldung von Lehrstellen und offenen Arbeitsstellen. In Arbeitgebetkreisen herrscht noch immer Unklarheit über die gesetzliche Verpflichtung zur Anmeldung offener Stellen beim Arbeitsamt, Abteilung Arbeitsnachweis. Es wird deshalb nochmals kurz darauf hingewiesen, daß jede freierwerbende Stelle, auch Aushilfsstelle, dem Arbeitsamt I, Seeburgstraße 14-20, I., gemeldet werden muß. Die Anmeldung hat spätestens am zweiten Tage nach Eintritt des Bedarfs zu erfolgen. Im Falle der Aufündigung einer Arbeitsstelle gilt der Tag, an dem die Kündigung ausgesprochen wird, nicht aber der Entlassungstag als Meldetag. Ebenso wie die offenen Arbeitsstellen sind auch sämtliche Lehrstellen anmeldepflichtig. Die Unterlassung der Meldungen zieht hohe Geldstrafen nach sich. Abdruck der in den Tagesblättern jederzeit veröffentlichten Ratsbekanntmachung vom 31. Mai 1920 stehen in der Verwaltung des Arbeitsamtes I, Seeburgstraße 14-20, I., kostenlos zur Verfügung.

Beschleunigte Vorschüsse auf die Reichsversorgung. Für die Kriegsbeschädigten sollen auf Ersuchen der Fürsorgestellen Vorschüsse auf die zu erwartenden höchsten Versorgungsgebühnisse gemährt werden. Die Fürsorgestellen sollen von der weiteren Gewährung solcher Vorschüsse entlastet werden. Der Reichsarbeitsminister hat dazu bestimmt, daß die vorläufige Anweisung auf Antrag des Kriegsbeschädigten oder der Fürsorgestelle erfolgt, die dem Beschädigten laufende Vorschüsse auf die Bezüge gewährt. Wegen der starken Belastung der Versorgungsbehörden und einer solchen Erleichterung muß die Vorschussanweisung auf die Fälle dringender Bedürftigkeit beschränkt werden, z. B. bei Blinden, Siechen und arbeitslosen Kriegsbeschädigten, deren Erwerbsunfähigkeit 60 Prozent erreicht und die demgemäß Erwerbslosenunterstützung nicht erhalten. Grundsätzlich soll Vorschuss nur gemährt werden, wenn die endgültige Anerkennung wesentlich längere Zeit in Anspruch nehmen würde. Vorschuss gibt es auch in Fällen dringender Bedürftigkeit nur dann, wenn dadurch eine wirtschaftliche Notlage gehoben oder vorgebeugt wird. Mit allen Mitteln soll angestrebt werden, daß die Anweisung möglichst rasch erfolgt.

Goldene Ehrelinge Gegenstände des täglichen Bedarfs. Goldene Ehrelinge sind Gegenstände des täglichen Bedarfs. Diesen Grundlag teilt jetzt das Reichswirtschaftsministerium allen Behörden und Stellen mit, die mit dem Preisprüfungsweesen befaßt werden. Das Reichsministerium läßt seine Stellung auf die Rechtspredung und das Schritzum. Gegenstände des täglichen Bedarfs sind solche, für die größere Bevölkerungskreise Bedarf haben. Für die Begriffsbestimmung unerheblich sei die Frage, ob bei der jetzigen wirtschaftlichen Lage sich weite Kreise solche hochwertigen, aber entbehrlichen Gegenstände, nach denen sie Bedarf zu haben glauben, leisten dürfen. Während des Krieges haben zwar erhebliche Teile der Bevölkerung von goldenen Ehrelingen ab, um das Gold der Reichsbank zu erhalten. Sie schafften sich Ersatz aus andern Metall an. Seit Beendigung des Krieges haben aber dieser Brauch nachgelassen, wenn er nicht ganz geschwunden ist.

Über 150 000 Einmüherungen. Die Feuerbestattungen nehmen jetzt wieder fortgesetzt zu. So hat der November des letzten Jahres wieder eine Zunahme um 251 Einmüherungen gegen den Vorjahr gebracht. Es fanden in den deutschen Feuerbestattungen insgesamt 1476 Einmüherungen statt. In den ersten elf Monaten des Jahres wurden 13 150 Einmüherungen bewirkt gegen 14 612 im Vorjahr. Im ganzen sind bis jetzt in Deutschland 150 706 Einmüherungen vorgenommen worden. Einmüherungen fanden statt im November v. J. in Augsburg 4, Berlin 358, Braunschweig 16, Bremen 78, Chemnitz 60, Koburg 18, Darmstadt 15, Dessau 18, Dresden 68, Eisenach 17, Eßlingen 6, Frankfurt a. M. 12, Freiburg 2, Friedberg 1, Gera 26, Göttingen 3, Götting 15, Gotha 59, Greifswald 2, Hagen 5, Halle 21, Hamburg 65, Heilberg 6, Heilbronn 6, Hirschberg 10, Jena 34, Karlsruhe 16, Kiel 9, Königsberg 15, Konstanz 6, Krefeld 5, Leipzig 97, Lübeck 14, Mainz 21, Mannheim 30, Meiningen 11, München 35, Nürnberg 24, Offenbach 16, Pforzheim 10, Plauen 17, Pömmel 11, Reutlingen 4, Sonneberg 10, Stuttgart 51, Tübingen 2, Treglow 68, Ulm 11, Weimar 21, Wiesbaden 19, Zittau 12, Zwickau 29. Aus Baden-Baden und Danzig liegen die Zahlen noch nicht vor.

Verteilung von Lebensmitteln an Erwerbslose. Ab Montag, den 14. Februar 1921, findet auf dem Schlachthof, Eingang Altenburger Straße, Stall K, Verteilung von Corned beef, Pilzwürste und Malzextrakt an alle Erwerbslose, Kurzarbeiter, Erwerbsbeschädigte, Fürsorgeempfänger usw. statt. Ein Kilogramm Corned beef 15,75 Mt., ein Kilogramm Pilzwürste 4,30 Mt., Malzextrakt, Ausgabe von 9 bis 3 Uhr, Sonnabend von 9 bis 12 Uhr. Montag, den 14. Februar: A-D; Dienstag, den 15. Februar: E-J; Mittwoch, den 16. Februar: K-Q; Donnerstag, den 17. Februar: R-S; Freitag, 18. Februar: T-V; Sonnabend, den 19. Februar: W-Z. Verteilung von Schweinefleisch findet nächste Woche statt. Arbeitslosenrat.

Zuendweibe für Schulentlassene. Eltern resp. Erzieher, deren Kinder aus der 2. Volksschule, Scharnhorststraße, entlassen und nicht konfirmiert werden, können die Kinder an der am 20. März 1921 stattfindenden Jugend- oder Lebensweibe teilnehmen lassen. Anmeldungen müssen bis zum 28. Februar bei den Unterzeichneten eingereicht werden. Bernhard Reineke, Volkststraße 26, 516. I., Heinrich Swoboda, Altenburger Straße 20, Frau Krans, Brandenburgerstraße 12. Elternräte der 2. Volksschule.

Vom Zuckerleinhandel ausgeschlossen worden ist Frau Paula Krefle in Leipzig, Wolltestraße 19, IV.

Die neuen Brot-, Zucker- und Kohlenarten müssen rechtzeitig in den Bezirksstellen an den vorgesehene Tagen abgeholt werden. Wenn auch zwei Tage für Nachzügler vorgesehene sind, so liegt doch jedem im eigenen Interesse dringend empfohlen, die Karten nicht erst an diesen Tagen abzuholen, da unter Umständen an diesen Tagen starker Andrang herrschen wird.

P. Bandaktismus! In der Nacht zum 5. d. M. ist der etwa 1 Meter 000 Meter hohe Schornstein im unachrichtigen Gewicht von 1 1/2 Tonnern auf dem mittleren östlichen Brückenpfeiler der Gerberbrücke von Bismarckbrücke abgehoben und in die Parthe geworfen worden. Dabei ist der Stein auf einen Vorsprung des Brückenpfeilers aufgeschlagen und hat diesen an mehreren Stellen beschädigt. Anwohner wollen in jener Nacht gegen 12 Uhr einen starken Knall und das Aufschlagen auf das Wasser vernommen, von den Tätern aber nicht das Geringste mehr gesehen haben. Über etwa Wahrnehmungen gemacht hat und Angaben hierzu zu machen vermag, wird gebeten, dies umgehend bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache zu tun.

Maerchen-Arbeiter-Bildungs-Institut. Ueber die Maerchen-Vorstellung im Zentraltheater am 18. und 26. Februar herrscht noch viel Unklarheit wegen der Ausführung. Das Stück ist nach dem Maerchen Maerchen bearbeitet und wird von den früheren Mitarbeitern der Leipziger Volksbühne gespielt. Die bisherigen Leistungen berechtigen zur Annahme, daß die Ausführung unseren Wünschen und Anforderungen entspricht. Es soll damit unseren Kindern wieder eine schöne Abwechslung geboten werden und sie mit dem alten Maerchen vertraut machen. Went doch in den Maerchen ein besonderer Reiz für unsere Kinderwelt. So hoffen wir auch hierbei auf die Unterstützung weiterer Beiträger, unseren lieben Kindern etwas neues und schönes zu bieten. Karten hierzu sind noch an den bekannten Stellen zu haben.

Leipziger-Mit. Die Kinderpiele finden diese Woche nicht Dienstag, den 15. Februar, sondern Donnerstag, den 17. Februar, in der Grünen Aue statt.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Leipzig, Montag, den 14. Februar, abends 7 Uhr. Vorstandssitzung im Volkshaus.

Sozialistischer Studentenbund an der Universität Leipzig, Dienstag, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr. August-Schmidt-Haus, 6. Etage, Besprechungs-Versammlung. Ostarr. Weiskmann spricht über das fortgeschrittene Hochschulprogramm. — Freie Musikabende. Gäste willkommen!

Rohstoffverkauf. Dienstag, vormittags 9 Uhr. Hoffmann, Wäckerstraße, Meißel, Wurst, Gehantes. — P. o. h. c. Anger, morgen Rohstoff- und Wurstverkauf.

Lebensmittellisten für Dienstag, den 15. Februar.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Butter: abzugeben Marken Q der Landesfettlaffe Reihe A (80 Gramm).

Leigwaren: Vechter Tag — abzugeben Marken 10 R der Lebensmittelkarte (Reihe R 250 Gramm).

Zwieback: Vechter Tag — abzugeben Marken C 3 Sonderlebensmittelliste für über 65 Jahre alte Versorgungsberechtigte, Hilfskarte 8 1/3 M Lebensmittelkarte für Kinder bis zu zwei Jahren, Hilfskarte 8 N 15 S 3 Lebensmittelkarte für Schwangere, Stillende usw., Hilfskarte D 2 gelbe Milchkarte für über zwei bis vier Jahre alte Kinder, Hilfskarte D 2 rote Milchkarte für über vier bis sechs Jahre alte Kinder (je zwei Pakete).

Ausgabe. 43. Kartenverteilung: Nr. 1201—1400 in den Bezirksstellen.

Kohlenkarten für Gewerbe, Behörden usw. im Kohlenamt, Hartorstraße 3, II. Obergeschoss, 8—11 Uhr. Buchstaben Ha—Hs. Zudertartenausgabe für Bäckereien, Konditoreien und Apotheken in der Hauptstelle der Kartenverteilung Markgrafenstraße 8, Zwischengeschoss, gegen den üblichen Ausweis.

Auslandsschweinefleisch für Kriegsverwundete: L. Wo., Speisekartell, nachmittags 2—5 Uhr.

Leigwaren: Vechter Tag — bestellt mit Marken 8 R der Lebensmittelkarte Reihe R (125 Gramm).

Auslandsschweinefleisch für Kriegsverwundete und Kriegshinterbliebene auf Nr. 3500—4500 (frühere weiße Zettel). Schlachthof, Schauamt II, 9—11 Uhr.

Veranstaltungen der Arbeiterturn- und Sportvereine.

Arbeiter-Turn- und Sportbund. Der 1. Bezirk vom 4. Kreis hielt am Sonntag und Spätnachmittag 29. ordentlichen Bezirks-Turntag im August-Schmidt-Haus ab. Die Mandatsprüfungskommission meldete 212 anwesende Delegierte inkl. der Verwaltung. Turngenosse Schubert als Vorsitzender erstattete den Geschäftsbericht. Ein solches Aufwachen ist zu verzeichnen. Während der Bezirk am Anfang des Berichtjahres aus 105 Vereinen bestand, zählt heute der Bezirk 150 Vereine mit 17967 erwachsenen Mitgliedern und 9040 Turnschülern und Schülern. 17 Vereine widmen ihre Leibesübungen in den Schulturnhallen Leipzigs. Ein allgemeines Klagebild können die Vereine über die Spielplätze. Aufgabe der Vereinsleitungen muß es sein, überall dort, wo nur irgendmöglich, einen Spiel- und Sportplatz zu schaffen, denn nur dadurch können wir der Volksgesundheit und Volksgesundheit dienen. Die Einnahmen und Ausgaben balancieren mit 27900 Mk. Einige große Veranstaltungen haben es ermöglicht, die Finanzverhältnisse etwas günstiger erscheinen zu lassen. Mit hohen Zahlen warten die Turnwarte in ihren Statistiken auf. Überall hat sich eine außerordentlich rege Anteilnahme gezeigt. Auch die Turn- und Sportleiter sind und ständig überfüllt gewesen. Gewaltige Anstrengung hat der Fußballsport an die Spitze gestellt, doch besteht keine Mannschaft, die nicht auf ihre Rechnung gekommen ist. Eine sehr lebhaft debattierte Entscheidung am Sonntagmorgen nach dem Referat über die Neueinteilung der Gruppen. Beschlossen wurde, den Bezirk in 15 Gruppen, mit der Gruppe Groß-Leipzig in ihrer Mitte, zu gliedern. Sämtliche Gruppen werden ihrer Größe zufolge fast die Rolle des alten Bezirks zu spielen haben. Zum Punkt Kreisturnfest referierte der Kreisvertreter Turngenosse Wagner-Dresden. Er versprach, daß die Dresdener ein Kreisturnfest arrangieren werden. Der Bundesvorsitzende Turngenosse Geilert hielt ein Referat über das Uebergangsregulativ für das Fortbildungsschulturnen. Im Punkt 5 diskutierte der Bundesvorsitzende die Aufgaben des diesjährigen Bundesturntages in München. Durch die Reorganisation des Bezirks brachte auch der neue Statutenentwurf eine lebhaft debattierte Entscheidung. Der Bezirksbeitrag beträgt in Zukunft 1 Mark für Kopf und Jahr. Der Bezirksvorstand legt sich aus 13 Personen zusammen und zwar 10, daß jede einzelne Sparte des gesamten Turn-, Spiel- und Sportwesens darin vertreten ist. Einmütig wiedergewählt wurden als 1. Vorsitzender Schubert-Leipzig, 1. Kassierer Beder-Leipzig, 1. Schriftführer Schneider-Lindenau.

Aus der Umgebung.

Hausarbeiterverzeichnisse.

Die Amtshauptmannschaft Grimma teilt uns mit: Gewerbetreibende, die außerhalb ihrer Arbeitsstätte gewerbliche Arbeit verrichten lassen, wollen zur Vermeidung von Anzuträglichkeiten nicht versehen, ein Verzeichnis der Personen, denen sie Hausarbeit übertragen, bis zum 15. Februar jedes Jahres bei der Amtshauptmannschaft bzw. beim Stadtrat einzulegen. Vordruck zum Verzeichnis sind u. a. bei Bernh. Braun in Grimma, Lange Straße, erhältlich.

Bezirksverband Grimma.

Auf die roten Warenbezugskarten werden voraussichtlich vom 17. bis 22. Februar 1921 gegen Durchkreuzen der Karte R Nr. 11, auf die gelbe und weiße Kinderkarte gegen Abschneiden der linken Ecke der Stammeile 250 Gramm Weizengrieß für 95 Pfg., auf die Nährmittellisten 250 Gramm Weizengrieß für 95 Pfg., 1 Paket Reis oder 3 Weibad. Inhaber der letzteren Karten haben bis 14. Februar bei einem von der Gemeinde angegebenen Händler oder einer Apotheke einen Bestellabschnitt abtrennen zu lassen.

Engelsdorf. Der Umkehr der Girokasse betrug im Monat Dezember 1920 30 306 101,00 Mk. Im Jahre 1920 wurden insgesamt 216 559 685 Mk. umgesetzt.

Engelsdorf, Mieterverein. Um einem langangelegten Wunsch Rechnung zu tragen, beruht die Mieterkommission für Dienstag, den 15. Februar, im Gasthof Hesse, Engelsdorf, eine öffentliche Versammlung zur Gründung eines Mietervereins ein. In Anbetracht der Wichtigkeit dieses Vereins werden alle Interessierten dazu eingeladen.

15. Bezirk. Die vom Schulvorstande veranstaltete Versammlung zur Aufklärung in der Frage des Religionsunterrichts

war äußerst stark besucht. Lehrer Kluge sprach über: Einheitschule und Religionsunterricht und trat für die weltliche Schule ein. Nach ihm hatte es Lehrer Brück-Göhlis schwer, seine Stellung zu behaupten. Er war von der kirchlichen Seite als Korrekter angesehen, enttäuscht aber völlig. Er ist auch Anhänger der weltlichen Schule, er will keinen Religionsunterricht, er will aber auch keinen Moralunterricht? Einige Redner, darunter Lehrer Gäßler-Wahren, Gemeindefürsorge Kluge u. a., sprachen ebenfalls für die weltliche Schule. Weiter sprachen Anhänger von Seiten für die weltliche Schule. Vom Pfarrer Magawitz und seiner Gattin konnte man ja nichts anderes erwarten, als was sie sagten. Es war aber unangebracht in einer Versammlung, wo Tatsachen wirken sollen, die persönlichen Gefühle so preiszugeben. Sie dürfen über die oft massiven Zwischenrufe, die sie provoziert haben, nicht böse sein. Es war aber auch eine Schär ihrer Anhänger da, die den Sprechern dieser Denkart Weisheit klatschten.

et. Zwickauer, Gemeinderatsbericht. Der Vorstand gibt bekannt, daß der Einbau von drei Wohnungen bis 1931 genehmigt ist. Es sind vier Kostenanträge für Malerarbeiten eingegangen. Herr Baasch mit 8061 Mk., Herr Rohberg mit 10 603 Mk., Herr Helriegel mit 10 651 Mk. und Herr Stichel mit 10 757,50 Mk. Einmütig wurde Herrn Rohberg die Arbeit übertragen. Die elektrische Anlage ist vom Bauausschuß Herrn Erler übertragen worden. Zur Ausführung der Parzellen 174 und 107 beantragt der Bauausschuß Ablehnung des Projektes, solange der Bauantrag der Firma Kraußberger nicht vorliegt. Des weiteren beantragt der Bauausschuß, die Parzellierung des den Baaschen Erben gehörigen Landes zu genehmigen, mit der Bedingung, daß der Gemeinde für Parzelle 74 das Verkaufrecht eingeräumt wird. Die zweite Leistung: Besteuerung des steuerfreien Einkommens für Ledige von 10 000 Mk., für Verheiratete von 14 000 Mk. an, wird mit 10 Stimmen angenommen. Die Verlesung nach Klasse A II vom Ministerium mit der Begründung der erhöhten Winterbeihilfe abgelehnt worden. Herr Rosenfelder stellt den Antrag, durch Protest an die Amtshauptmannschaft unter Begründung der mangelhaften Verhältnisse die Befreiung nach Klasse A anzufordern. Der Finanzausschuß beantragt, jedem der mindestens von Juli 20 ab 18 Wochen und den ganzen Dezember 20 erwerbslos war, eine Beihilfe von 50 Mk. für Verheiratete, 5 Mk. für jedes Kind, und 35 Mk. für Ledige zu gewähren. Desgleichen soll die Rente zu 7,50 Mk. für den Rentner an Erwerbslose und Rentempfangler verausgabt werden. Diese Anträge finden einstimmig Annahme. Damit der Vertreter der Erwerbslosen sich und Stimme in den Sitzungen hat, soll der Fürsorgeausschuß erweitert werden. Es wird Herr Peterjohn als Arbeitgeber ernannt. Herr Rosenfelder stellt den Antrag, der Vorstand soll sich mit dem Betriebsrat der Kohlenwerke zwecks Lieferung billiger Kohlen für Erwerbslose in Verbindung setzen. Dem Gesuch der pensionierten Hebamme Zimmern um Erhöhung der Pension wird zugestimmt. Die Gemeinde soll dem Verheirateten vordereit werden; es wird ein Jahresbeitrag von 20 Mk. festgesetzt. Es wird Kenntnis genommen, daß die Bezirkssteuer auf 4 Prozent erhöht wurde, wonach 888,80 Mk. in Frage kommen. In den Steuererhebungsausschuß wurden die Herren Feilkeiter und Rosenfelder gewählt. Herr Behold gibt eine Uebersicht über die Quakerpöpelung. Gelpst werden jetzt 105 Kinder; der Zuschuß der Gemeinde Zwickauer beträgt 1066,75 Mk., von Zwickauer 1056,75 Mk., zusammen 2123,50 Mk. Für das Baden sind verausgabt 1651 Mk., an Fußlohn 605 Mk., die Kochfrau 1120 Mk., Miete an Krauß 290 Mk., für Kohle 624 Mk., Baukosten und Anschaffungen, um in der Schule zu spielen, 1608,55 Mk. — Es folgt eine nichtöffentliche Sitzung.

Eisenburg. Der Wahlkampf und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei! Mit dem bisherigen Verlauf der Wahlbewegung zugunsten unsrer Partei können wir voll auf aufstehen sein. Es gilt nun, die paar Tage, die uns noch vom 20. Februar trennen, auszunutzen und zur Agitation und Kleinarbeit zu verwenden. Hauptächlich müssen sich die Genossen und Genossinnen am Wahltage reiflos zur Verfügung stellen. Am Donnerstag, dem 17. Februar, abends 7 1/2 Uhr, findet in der Quelle eine Mitgliederversammlung statt, zu der sich vor allem jeder tüchtige Genosse einfinden muß. Hier wird die Verteilung des Materials usw. vorgenommen werden. Von der eifrigen Tätigkeit aller Genossen hängt der Erfolg am Wahltage ab.

Unsere Versammlungen waren ausgezeichnet besucht und berechtigten zu den schönsten Hoffnungen. Am letzten Donnerstag sprach in einer Beamten- und Angestelltenversammlung Genosse Landtagsabgeordneter Hermann Müller. Seine vortrefflichen Ausführungen hinterließen auch in diesen Kreisen einen guten Eindruck. Auch hier ist vorgearbeitet worden. Am letzten Freitag referierte Genosse Ruhnert (Berlin). Trotz der am vorherigen Tage abgehaltenen Versammlung war der große Schützenhausaal überfüllt. Jedes kleine Eckchen im Saal und auf der Galerie war ausgenutzt. Die dichtgedrängten Zuhörer verfolgten aufmerksam die überzeugenden und gutdurchdachten Ausführungen des Redners. Ein kommunistischer Wandredner versuchte in einer langen aber inhaltslosen Rede, die sich nur gegen die unabhängige Partei wandte, für die kommunistische Partei Propaganda zu machen. Vor allem mußte der offene Betrug herhalten. — In der Diskussion zerplünderte Genosse Sauber geschickt diesen demagogischen Trick. Dann rechnete Genosse Künert mit den Kommunisten und ihren unethischen Methoden gründlich ab. Er bezeichnete ihr Treiben als reaktionär und direkt arbeiterschädlich. Er wies ihnen nach, daß sie nur den Namen Kommunisten führen, der daselbst bedeutete wie Sozialismus. In Wirklichkeit sind die Gläubigen Reiner nur Bolschewisten, und man sollte endlich ehrlich genug sein und sich auch Bolschewisten nennen. Seine Ausführungen faßte er in einer Entschiedenheit mit folgendem Wortlaut zusammen: „Die Versammlung protestiert mit aller Energie gegen jede weitere gemeinschaftliche Zerstückelung und Verschärfung der Zustände des Wirklichlebens durch das Vorgehen des deutschen Chauvinismus und seine eng Verbündeten, die Nationalbolschewisten. — Ein Händeberg erhob sich, als Genosse Quittsch die Entschiedenheit zur Abstimmung brachte. Nicht eine Stimme dagegen. Ein praunder Jubel und Händeklatschen setzte ein, als Genosse Quittsch die einstimmige Annahme konstatierte. Mit einem begeisterten Hoch auf die Unabhängige Sozialdemokratische Partei wurde die impulsive, von 2000 Personen besuchte Versammlung geschlossen.

Von Eisenburg aus sind in der Umgebung bisher Versammlungen abgehalten worden in Gruna, Mersdorf, Lauscha, Gotha, Hohenpriesnitz, Döberitz, Battaune, Möllnau, Niemezna, Schepplin, Neundorf und Perlich. Alle Versammlungen waren gut besucht, so daß für Flugblattverbreiter und Stimmzettelerverteiler vorgearbeitet worden ist. Weitere Versammlungen finden statt in Preßler, Colpa, Zschützau, Mersdorf, Palschwitz, Proßen usw. Für guten Besuch der Mitgliederversammlung am Donnerstags.

Sächsische Angelegenheiten.

Zur Besteuerung des reichssteuerfreien Mindesteinkommens.

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei schreibt: Das Gesamtministerium hat in seiner Sitzung vom 11. Februar beschlossen, dem Landtage ein Gesetz vorzulegen, wonach die Regelung der Besteuerung des reichssteuerfreien Mindesteinkommens in den §§ 31, 32 und 33 der Gemeindeverordnungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Oktober 1920 in folgender Weise abändert wird: Die Gemeinden sollen künftig eine Zulage vom reichssteuerfreien Mindesteinkommen ihrer Mitbürger nach den Vorschriften des Gesetzes erheben, soweit reichsrechtliche Vorschriften nicht entgegenstehen. Steuerfrei sind Personen, deren steuerbares Einkommen den reichssteuerfreien Einkommensposten nicht übersteigt. Die Steuer wird mit dem höchsten Prozentsatz der Steuerpflichtigen zur Reichseinkommensteuer herangezogen. Weil der Reichseinkommensteuertarif aber mit 10 Prozent einleitet, wird dieser höchste

Prozentsatz bis zum 16. Tausend des reichssteuerpflichtigen Einkommens um 10 Prozent gesenkt. Steuerfrei bleibt daher ein steuerpflichtiges Einkommen unter 1000 Mark. Vom 2. Tausend steuerpflichtigen Einkommens beginnt die Steuer mit 1 Prozent des Mindesteinkommens und steigt dann bis 34 000 Mark von 1000 zu 1000 Mark steuerpflichtigen Einkommens allmählich von 1 zu 1 Proz. Die Minderung von 10 auf dem höchsten Prozentsatz wird bis zu diesem Einkommen allmählich wieder abgetragen in einem Anschlag an die Steigerung des Reichstaxtarifs. Weiter wird bis 35 000 Mark steuerpflichtigen Einkommens nur das Mindesteinkommen bis höchstens 1500 Mark besteuert. Von da ab wird von 5000 Mark zu 5000 Mark steuerpflichtigen Einkommens steigend diese Besteuerung um 500 Mark erweitert. Bei 100 000 Mark Einkommen soll das Mindesteinkommen unbedeutend herangezogen werden.

Die Gemeinden können je nach ihrem Bedarf beschließen, gleichmäßig für alle Steuerpflichtigen die Zulagesteuer nur zu einem durch 10 teilbaren Bruchteil der Steuerbeträge, wie sie aus einer dem Entwurf beigefügten Steuerbefreiungstabelle, zu erheben oder von der Erhebung der Steuer überhaupt abzusehen. Durch Gemeindeverordnungen kann bestimmt werden, daß steuerbare Einkommen, bei denen der reichssteuerpflichtige Teil nicht größer ist als der reichssteuerfreie Teil, von der Zulagesteuer freibleiben.

Im Falle besonderer örtlichen Bedürfnisse kann das Ministerium des Innern ausnahmsweise eine abweichende Regelung der Besteuerung durch Gemeindeverordnungen genehmigen.

Die Organisationsform der Gemeinden und zu dieser Regelung gehört worden und haben sich sämtlich damit einverstanden erklärt. Ferner hat das Gesamtministerium folgende Gelebenswürde dem Landtag vorzulegen: 1. über die Zulagesteuer vom reichssteuerfreien Mindesteinkommen; 2. über die Erhebung eines Verwaltungskostenzuschlages durch die landwirtschaftlichen Kreditanstalten.

Ein kleiner Dämpfer für die sächsischen Muder.

Am 1. Februar liefen die Deutschnationalen und deutschen Volksparteier unter Führung der Demokraten und des Zentrums gegen den Unterrichtsminister Feilkeiter Sturm wegen einer Verordnung, die eine Erleichterung für die Erklärung über die Teilnahme am Religionsunterricht in der Volksschule brachte. Der Versuch der Muder, die Reichsverfassung gegen die Verordnung auszuspielen, schlug aber fehl. Aber die abgebildeten Rückschritte hatten noch eine Hoffnung. Ein braver Zentrumsmann im Reiche hatte die Sorge der sächsischen Reaktionäre vorausgesehen und im Reichstag eine Anfrage eingebracht, die den Zweck hatte, die Reichsregierung gegen den sozialistischen sächsischen Unterrichtsminister scharf zu machen. Aber auch diese Hoffnung ist dahin. Die Reichsregierung hat, obwohl es ihr an dem guten Willen nicht gefehlt hat, anlässlich der Anfrage keine Veranlassung gefunden, gegen die angesprochene sächsische Verordnung Stellung zu nehmen. Über den Verlauf der Beantwortung berichtet das sächsische Zentrumsbüro:

Regierungsrat Scheer vom Reichsministerium des Innern hat die Anfrage der Zentrumsabgeordneten vom 24. Januar beantwortet und dabei erklärt, daß es bis auf weiteres den Vätern überlassen ist, die Form der Willensklärung über Teilnahme oder Nichtteilnahme am Religionsunterricht festzusetzen. Aufgabe der Reichsregierung sei es, darauf zu achten, daß die Willensklärungen der Eltern in sorgfältiger, ernsthafter Weise einwandfrei festgesetzt würden. Scheer lagte dann weiter, die Verordnung des sächsischen Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts vom 8. Januar 1921 verleihe nicht eine positive Erklärung für die Teilnahme am Religionsunterricht, sondern eine Erklärung darüber, ob die Kinder am Religionsunterricht teilnehmen sollen oder nicht. Der Inhalt der sächsischen Verordnung sei mit Art. 149 der Reichsverfassung vereinbar. Nach Art. 2 dieser Vorschrift bestehe keine Verpflichtung zur Teilnahme der Schüler an diesem Unterrichtsgegenstand, es sei daher aus schulerwaltungsrechtlichen Gründen notwendig, daß die Schulbehörden rechtzeitig die Anzahl der am Religionsunterricht teilnehmenden und nichtteilnehmenden Kinder feststellen. Wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit sei es unmöglich gewesen, mit der sächsischen Unterrichtsverwaltung in Dresden vor Beantwortung der Anfrage in Verbindung zu treten.

Es ist nur zu wünschen, daß die Eltern von dieser Entscheidung Notiz nehmen und sich durch die verlogenen Schwächeren kirchlicher Fanatiker und reaktionärer Schulleiter von der „Ungeheuerlichkeit“ der sächsischen Verordnung nicht betören lassen. Jeder Vater und jede Mutter, die ihre Kinder zu freien Menschen erziehen wollen, müssen bei der Schulausscheidung die Erklärung abgeben, daß sie die Teilnahme ihrer Kinder am Religionsunterricht in der Schule nicht wünschen.

Eine aufgehobene Stadtratswahl.

Am 30. Dezember vorigen Jahres war der rechtssozialistische Landtagsabgeordnete Castan von der damaligen sozialistischen Mehrheit in Abwesenheit der bürgerlichen Minderheit zum besoldeten Stadtrat in Auerbach gewählt worden. Die Bürgerlichen suchten die Wahl an, und in der Sitzung vom 4. Januar hoben die Stadtverordneten den Wahlbeschluss vom 30. Dezember wieder auf. Dieser Beschluss ist, nachdem inzwischen bei der Neuwahl die Bürgerlichen die Mehrheit im Stadtverordnetenkollegium erlangt hatten, in Abwesenheit der sozialistischen Minderheit gefasst worden. In weiteren Verläufe der Sitzung vom 4. Januar wurde nach Wiedereintritt der sozialistischen Stadtverordneten mit Stimmenmehrheit die Neuauswahlung der Sitze beschlossen. Wegen des Aufhebungsbeschlusses vom 4. Januar haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten Protest erhoben und Bericht an die Kreishauptmannschaft beantragt. Diese hat entschieden: „Beide Beschlüsse vom 4. Januar 1921 sind an sich gültig. Die Ansetzung der Wahl Castans ist mithin ungerichtlich. War Castan gültig gewählt, so war doch das neue Stadtverordnetenkollegium nicht beschworen, nochmals, wie am 4. Januar geschehen, diesen Wahlbeschluss aufzuheben, zumal Castan von der auf ihn gefallenen Wahl amtlich nicht benachrichtigt worden ist und daher auf Grund dieser Wahl kein eigenes subjektives Recht erworben hat. Der Protest von Arzt und Genossen ist mithin unbegründet.“ Die Kreishauptmannschaft hat nach alledem auf beide Einwendungen, sowohl auf die der bürgerlichen als auf die der sozialistischen Stadtverordneten, keinen Anschlag auf Einschreiten gefunden, beide Einwendungen vielmehr als unbegründet zurückgewiesen.

Abgelehnte Strafverfahren gegen Landtagsabgeordnete.

Gegen die beiden Landtagsabgeordneten Heßlein (Zentrum) und Langer (U. Soz.) liegen Anträge auf Strafverfolgung wegen übler Nachrede vor. Bei der Abstimmung über den Antrag auf Strafverfolgung im Rechtsausschuß des Landtags ergab sich, daß 9 bürgerliche Abgeordnete dafür und 9 Abgeordnete der sozialistischen Mehrheit dagegen stimmten. Die Angelegenheit wird nunmehr die Volksversammlung zur endgültigen Abstimmung beschickten.

20 000 Mark Besoldung für die Ermittlung der Brandstifter.

In den Dörfern der Reichen-Lommascher Gegend sind bekanntlich in den letzten Wochen nicht weniger als neun Bauerngehöfte niedergebrannt worden. In einem Fall ist auch der Besitzer nachts in seinem Gehöft von den Brandstiftern erschlagen worden. Die gefährdeten Gemeinden haben nunmehr einen umfassenden Selbstschutz organisiert und die freiwillige Organisation und die Feuerversicherungsvereinigungen haben die von der Staatsanwaltschaft ausgesetzte Besoldung von 5000 Mk. ihrerseits auf 20 000 Mk. erhöht.

Kommunistenverfolgungen in Chemnitz.

Chemnitz, 11. Februar. Die Kommunisten Garsis, Köhler und Leibinger sind verhaftet und an die Staatsanwaltschaft eingeliefert worden. Sie waren beteiligt an den Vorgängen während der letzten Arbeitlosenemonstration. Bekanntlich ist dabei gegen Beamte des städtischen Arbeitsamts gegen deren Mitwirkung die Arbeitslosen Einwendungen erhoben haben, gewaltsam vorgegangen worden.

Simmie Higgins

Von Upton Sinclair

81]

Der Transport befand sich in der Region der Eisberge, der tief herabhängenden Nebel und mit Schnee bedeckten Felsenriffe...

Landeinwärts gab es ungeheure Fichtenwälder und unendliche, moosbewachsene Sümpfe, in denen man zur Sommerzeit bis an den Hals versinken konnte...

In diesem Lande gab es selbstverständlich nicht einmal im Sommer für Automobildrader fahrbare Straßen...

Die ersten Tage freilich fand er keine Zeit zum Nachdenken, war fleißig wie eine Ameise, brachte seine Leute an Land, stellte Fische und Werkzeuge in einem Holzschuppen auf...

Alle hatten gefaselt, die Expedition achte gegen die Deutschen, und nun stellte sich heraus, daß sie in Wirklichkeit gegen die Bolschewiki ging!

Simmie war schier außer sich vor Bestürzung, alles schien ihm so neu und fremd, und er konnte keinen, der ihm raten konnte...

Je mehr Simmie darüber nachdachte, desto empörter wurde er, er sah das Ganze als persönliche Beschädigung, als gemelnen Streich auf den man ihm nicht hätte...

Simmie Higgins jedoch muß, vom Ertragsverlust bedrückt schweigen und abwarten, Simmie gedachte seiner Freunde dahem...

(Fortsetzung folgt)

Hebbels Judith.

Zur Aufführung für das Arbeiterbildungs-Institut.

Friedrich Hebbel ist eine der interessantesten Gestalten aus der Literaturgeschichte des vorigen Jahrhunderts...

zeit des Besitzes ererbter Kulturgüter beruhte, der Romantik gewichen, einer durch und durch bürgerlichen Kulturströmung...

Der erste, der nun diesen Intellektualismus auch in das Reich der Dramatik trug, war Friedrich Hebbel. Er kam, gesättigt mit den Ideen dieser neuen Philosophie...

Es ist nicht zu verkennen, daß damit eine große Bereicherung für das Drama erlangt wurde. Nun erst wurde es möglich, wirkliche historische Dramen zu schaffen...

Judith, eins der ersten Werke Hebbels, zeigt deutlich alle diese Züge. Neben der Gegenüberstellung der jüdisch-hebräischen Kultur und der heidnischen sind es zwei übergroße Menschen...

Hebbels tragische Visionen sind in dem Drama allenthalben zu finden. Er konnte keine lebendigen Vorbilder für diese heiligen Helden haben...

Ebenso klar wie die Reife eines Kindes ist die der gesamten Handlung, so daß sich eine Nachvollziehung derselben erhebt. Daß die hebbel'sche Art der dramatischen Darstellung...

Kleine Chronik.

Altes Theater. (Wahnschaffe.) Dies ist die Ansage eines Bankrotts, eines totalen Bankrotts, eines zeitlichen Zusammenbruchs...

Es gab einmal eine Zeit, da die deutschen Dichter — wenigstens jene deren Name lebendig bleiben wird durch Jahrhunderte...

raucht, wie schon Heinrich Heine bedauernd feststellte. Und also kommt der bürgerliche Dichter zu dem melancholischen Schluß, daß er sich keinen der beiden kämpfenden Lager so recht von Herzen anschließen kann...

Rolf Landners trauriger Held Wahnschaffe, der ewig Unbefriedigte, der vom Dichter zum Arzt überliefert, weil er helfen will, der das Chirurgengemisch gegen sich selbst kehrt...

Aber das Kunstwerk an sich? Auf solchem Boden kann keine dramatische Handlung sprießen. Wir hören Reden, Reden, Reden; Reflexionen und nachmaligen Reflexionen...

Von der Aufführung vermag ich nicht viel zu sagen. Weiß Dr. Kronacher dafür gesorgt hat, daß sie nur Stückweise genossen werden konnte...

Die Szenarie war gelöst aufgeführt. Ich kann freilich nicht urteilen, daß rote expressionistische Fiktionen auf schwarzem Grund irgend etwas Wesentliches zur Vermittlung dialektischer Gedanken beizubringen vermöchten...

Das Publikum, das zum großen Teil der Schifferverein stellte, ist ein Problem für sich. Fröhlicher Aufmerksamkeits — die durch die mangelhafte Möglichkeit zu hören und zu sehen...

Schauspielhaus. (Gastspiel Paul Wegener.) In zwei Stücken, die auf der Werkstätte weit voneinander entfernt sind, wurde uns die reise Kunst Paul Wegeners vermittelt...

Paul Wegener ist mehr als ein Virtuose. Sein naturhaftes, sorgsam die Details untermalendes Spiel zeigt von hoher Intelligenz, von warmer Beseehung, Unheimlichkeit...

Kleines Theater. Die nächste künstlerische Morgenfeier, die für Sonntag, den 20. Februar, vormittags 11 1/2 Uhr, vorzulesen ist, bringt unter der Deckschirmung „Gastspiel“ die Aufführung des Dramas „Die Livvickische“ von Hms Oswald...

Eingelaufene Schriften.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 19. Heft vom 1. Band des 30. Jahrgangs erschienen. Dr. Ludwig Baezeläcker: Geschichte der politischen Parteien. Verlag J. Bensheimer, Mannheim-Verlins-Weipzig, Preis 15 M

Warum verschiedene proletarische Parteien.

Von Karl Marchionni.

„Ueber geschichtliche Ereignisse beklagt man sich nicht, man bemüht sich im Gegenteil, ihre Ursachen zu verstehen und damit auch ihre Folgen.“ Friedrich Engels. (Karl Marx vor den Kölner Geschworenen 1845.)

Die USP. zählte vor dem Parteitag in Halle rund 860 000 Mitglieder. An der Abstimmung über die Bedingungen der 3. Internationale haben 111 000 Mitglieder für und 81 000 Mitglieder gegen die Bedingungen gestimmt.

Die kommunistischen Agitatoren wenden sich vor allem gegen die sogenannten „rechtsunabhängigen Führer“. Sie sagen, der größte Teil der USPD, die Industriearbeiter, wären revolutionär gesinnt. Sie würden nur in ihrer revolutionären Tatkraft gehindert von den „rechtsunabhängigen“ Führern. Diese seien reformistisch und daher gegenrevolutionär. In zahlreichen Artikeln und Broschüren wird gegen die Führer losgezogen. Die Kommunisten bezeichnen sich als Marxisten. Ihr Vorgehen gegen die „rechtsunabhängigen“ Führer ist aber durchaus nicht marxistisch. Sie messen den sogenannten „Hilfsführern“ eine Bedeutung bei, die sie gar nicht haben. Nach den Kommunisten, die von den Kommunisten gegen ihre Führer gerichtet werden, müßte man annehmen, ihre Ziele, ihre Ideen wären maßgebend, von ausschlaggebender Bedeutung. Gerade als Marxisten müßten wir das zurückschicken, denn diese Gedankenansätze beruhen auf der idealistischen Geschichtsauffassung. Die Kommunisten müssen doch als Marxisten auf dem Boden des historischen Materialismus stehen und der sagt uns: es ist nicht das Bewußtsein des Menschen, das ihr Sein (die materiellen Bedingungen), sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Nicht die Ideen des Führers, sondern die materiellen Existenzmittel sind die treibenden Kräfte der Partei, der Geschichtsbewegung. Es ist bezeichnend, daß man das gerade den Kommunisten sagen muß, die mit ihrem Marxismus nicht laut genug prunken können.

Weshalb haben wir mehrere politische Parteien des Proletariats? Warum keine Einheit und fortwährend Streitigkeiten, Spaltungen? Diese Fragen müssen zunächst erörtert werden. Wir haben Rechtssozialisten, Unabhängige, Kommunisten und dazu noch einige ganz links gerichtete Splitter. Es gibt Kommunisten, die sich die Verantwortung dieser Fragen sehr leicht machen. Für sie sind die anderen einfach Verräter, Gegenrevolutionäre und deshalb können sie nicht mit ihnen zusammen sein. So einfach liegen die Dinge aber nicht.

In Deutschland hatten wir bis zum Kriege eine „einfache Sozialdemokratie“, während es in manchen Ländern schon zum Auseinanderfallen der sozialistischen Parteien gekommen war. Einzig war man sich auch bei uns nicht. In der Organisation sammelten sich die verschiedensten Richtungen. Es gab Konservative, Nationalliberale, Fortschrittler und nationalistic auch Sozialisten in der deutschen Sozialdemokratie. Wurde doch ganz offen für Militarismus, Kolonialpolitik, Schutzzölle und ähnliche Dinge in der sozialdemokratischen Partei eingetreten. Wir nennen nur die Namen Heine, Schippel, Hildebrand, David, die nie Sozialisten gewesen sind. Der eine wurde ja schließlich ausgeschlossen. Die „Einheit“ blieb aufrechterhalten, weil die Partei mit Fragen der Organisation, der Agitation, mit der Kleinarbeit in den Parlamenten und Gemeinden, mit den Wahlen stark beschäftigt war. Das Endziel wollten ja — so sagten sie es wenigstens — alle haben. Man hand nicht unmittelbar vor den Kämpfen um dieses Endziel; deshalb gab es auch über den Weg zum Sozialismus keine allzu großen Auseinandersetzungen. Die Masse der Partei beschäftigte sich gar nicht mit der Frage: wie denn der Sozialismus zu erreichen sei, wie wir zu sozialistischer hätten. Man betonte immer nur die Notwendigkeit des Sozialismus und entwarf gelegentlich ein Idealbild von ihm.

Der Krieg brachte dann die Spaltung, weil die Kriegspolitik der Mehrheit von der Minderheit unmaßlich mitgemacht werden konnte. Nach dem Kriege legte sich aber nicht der Streit. Jetzt ging es erst recht los. Die Gegenläufe verschärften sich. Nicht Einheit — sondern eine Uneinigkeit. Bemühungen, die Parteien des Proletariats zusammenzuführen, schlugen fehl. Karl Rautsky entwarf zur Einigung Richtlinien zu einem Aktionsprogramm, an die wohl heute kein Mensch mehr denkt. Ist das Scheitern dieser Versuche auf den bösen Willen Einzelner zurückzuführen? Was wird wohl ein ernsthafter Sozialist nicht annehmen. Weshalb kann man nicht zustimmen, weshalb trennt man sich mehr und mehr?

Der Kapitalismus war zusammengebrochen und das Zeitalter des Sozialismus war gekommen. Es bestand aber nicht die geringste Klarheit darüber, wie er zu erreichen sei. Die Meinungen über den Weg zum Sozialismus gingen stark auseinander. Die einen wollten ihn mit der Parlamentarismuskraft — also mit dem Stimmzettel durchsetzen, die anderen sagten, das Bürgertum müßte im revolutionären Kampf überwinden und niedergebunden werden, bis der Sozialismus erreicht sei. Die einen wollten Gesetze über die Sozialisierung im Parlament schaffen, die dann allmählich durchgeführt werden sollten. Die anderen meinten, mit dem bürgerlichen Parlamentarismus sei überhaupt nichts zu machen. Die Arbeiterklasse müßte ein Rätesystem schaffen. Die einen wollten zunächst den Kapitalismus erhalten, seine Wirtschaft „wieder in Gang bringen“, und dann allmählich zum Sozialismus gelangen, die anderen traten dafür ein, den Kapitalismus zu beseitigen und ihn durch die sozialistische Wirtschaft zu ersetzen.

Das waren starke Meinungsverschiedenheiten, die zeigten, daß sich die Anhänger des Sozialismus nicht einig und auch nicht klar darüber waren, auf welchem Wege der Sozialismus zu erreichen sei. Daher konnte es auch keine Parteieinheit geben. Es mußte zur Spaltung kommen und die verschiedenen proletarischen Parteien sind der Ausdruck der vorhandenen Unklarheit über den Weg zum Sozialismus. Wöllige Klarheit ist auch jetzt nicht geschaffen. Gewiß sind wir heute weiter als vor wenigen Jahren. Unsere Erkenntnis über die Sozialisierung ist umfangreicher geworden. Wir können in großen Zügen ein ungefähres Bild von ihr geben. Wir glauben, daß wir jetzt wissen, wie wir zu sozialistischer heran, so werden wir wohl dies und jenes anders zu machen haben, als wie wir uns das vorgenommen haben. In Rußland ist man zum Beispiel auf die militarisierten Betriebe gekommen, die man anfangs nicht haben wollte und die auch wir ablehnten.

Wir stehen aber vor ungeheurer großen, durchaus neuer Aufgaben. Kein Vorbild steht uns zur Seite. Kein Wunder, daß zuerst Unklarheit vorhanden ist, daß schließlich Irrtümer vorkommen und daß wir verschiedene politische Arbeiterparteien haben mit stark auseinandergehenden Ansichten. Dazu kommt des Entscheidende. Die Not weiter Schichten ist groß, sie wächst, so daß der Drang nach schleuniger Beseitigung des Kapitalismus naturgemäß entstehen muß und mit der Zunahme des Elends stärker in die Erscheinung tritt. Kein Wunder, wenn also eine Opposition in der Arbeiterbewegung ist, wenn sie fortgesetzt schiebt und drängt und wenn sie schließlich die ändern, die sich nicht so ärmend bemerkbar machen, des „Verrats“, der „gegenrevolutionären“ Haltung beschuldigt. Das alles ist verständlich.

Warum aber die verschiedene Haltung der einzelnen politischen Parteien? Die Kommunisten sind mit ihrem Urteil über die „rechte“ USP. schnell fertig. Sie schieben die Schuld auf die „rechtsunabhängigen“ Führer. Das ist sehr bequem, besonders

für denkschwache Maulaufreißer. Damit macht man sich überaus populär und stellt sich selbst das beste Zeugnis aus. In Wirklichkeit ist jedoch auch diese Frage nicht ganz einfach. Wer alles auf die Führer wälzt, der denkt wieder nicht marxistisch.

Gewerkschaftsbewegung. Reichskonferenz des Post-, Telegraphen- und Fernspreicherpersonals.

Am 8. Februar traten in Berlin 94 Delegierte zusammen, um den Aufbau der Organisation als Abteilung des Verkehrsverbundes vorzunehmen. In der Diskussion kam wieder der Wunsch nach der endgültigen Konstituierung des Deutschen Verkehrsverbundes zum Ausdruck, der besonders unter den Beamten eine ungeheure Agitationstrast hat. Nachdem der Geschäftsführer des provisorischen Vorstandes des Verkehrsverbundes, Brunner, und der Vorsitzende des Eisenbahnerverbandes, Scheffel, die ungeheuren Schwierigkeiten klargelegt hatten, die sich der schnellen Erledigung dieses von allen Rednern geteilten Verlangens im Augenblick noch entgegenstemmen, anerkannte die Konferenz durch Annahme einer Resolution, daß die Verbände ihrer Pflicht genügt hätten, und daß des vorläufig bei der bisherigen Regelung bleiben müsse. Die Idee der Einheitsorganisation marschiert und kein Mensch kann sie aufhalten.

Die Massenentlassungen der Post haben naturgemäß großen Anmut erregt. Der Organisations (Transportarbeiterverband) und dem Zentralbetriebsrat wurden vorgeworfen, daß sie den Entlassungen zugestimmt und dadurch ihre Pflicht größtenteils verfehlt hätten. In eingehender Beweisführung gelang es einem Vertreter der Körperschaften der Post, daß kein Weg unbeschritten blieb, der auch nur den Schimmer einer Hoffnung ließ, das Verhängnis von Tausenden von Kollegen abzumenden. Der Kampf geht schon seit Juni 1919, jetzt bleiben aber alle Einwendungen nutzlos, weil das Finanzministerium kategorisch auf Einschränkung des Postpersonals bestand. Der Organisations gelang es aber wenigstens, den zur Entlassung kommenden Kollegen eine Entschädigung zu retten.

Der Entlassung selbst haben beide Körperschaften nicht zugestimmt, sondern scharf widersprochen. Nur dem Augenblick der Entlassung und der Art der Entschädigung mußten beide zustimmen, weil das Finanzministerium die Zahlung der Entschädigung von dieser Zustimmung abhängig machte. Die Konferenz setzte eine schließlich aus Betriebsräten bestehende Kommission ein, die die Haltung beider Körperschaften prüfen sollte. Diese Kommission schlug der Konferenz eine mit 88 gegen 6 Stimmen angenommene Entschädigung vor, die anerkannte, daß beide Körperschaften ihre volle Pflicht erfüllten und ihnen das Verzeihen auszusprechen. Die Betriebsräte werden aufgefordert, die ihnen zustehenden Rechte bei den notwendig werden den Entlassungen auszuüben.

Nach je einem Referat des Kollegen Scherff-Essen über die Beamtenbesetzung und des Kollegen Rindinger-München über die Tarifverträge wurden alle zu diesen Punkten vorliegenden Anträge den sofort gewählten Lohn- und Beamtungskommissionen überwiesen. Der Tarif wird gekündigt werden.

Der Kollege Ballenthin-Berlin hielt dann einen Vortrag über die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte, indem er auf die besonderen Verhältnisse in den Postbetrieben einging und ein gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen Betriebsräten und Gewerkschaft empfahl. Nach kurzer Debatte wurde eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution angenommen. Aus der Wahl ging Kollege Bender als stellvertretender, Kollege Ballenthin als Sekretär für Lohnempfängerangelegenheiten hervor. Als unbedenklicher stellvertretender Mitbestimmungsleiter wurde Kollege Will-Berlin gewählt. Die Wähler sollen in einer Versammlung der Berliner Mitbestimmungsleiter gewählt werden.

Trotz der manchmal hitzigen Debatte konnte der Verhandlungsleiter zum Schluß mit Recht konstataren, daß der Wille zur Einigkeit doch über alle Differenzen gesteckt hatte. Der Anstand, daß hier zum ersten Male die Delegierten aus drei verschiedenen Organisationen zusammenkamen, die alle an dem hingen, was sie früher als gut empfunden hatten, erschwerte naturgemäß die Verständigung, aber der unerschrockene Wille, den Deutschen Verkehrsverbund zu schaffen, besiegte alle Widerstände.

Eine Empfehlung des „Offenen Briefes“ der R. P. D. fand eine fast einstimmige Genehmigung, daß er sona- und kostenlos unter den Tisch stel, ohne daß der Antroststeller auf der Abstimmung bestand.

Eine noble Firma.

Die Firma Siemens-Schuckertwerke, Baubureau Halle, suchte zur Bewahrung ihres Baulagers in Wahren einen Nachwächter. Den sich Meldenden wurde bei täglich 15stündiger Arbeitszeit (wöchentlich 105 Stunden, da der Sonntag dazu gehört) 100 Mk. Wochenlohn angeboten. Die Firma baut die Oberleitung der Eisenbahn Halle-Leipzig und hat ein wertvolles Lager an Kupfer, das eine doppelte Bewahrung rechtfertigen würde.

Die gesetzliche Arbeitszeit beträgt bekanntlich 48 Stunden pro Woche. Daran fügt sich die noble Firma aber nicht. Dieses Verhalten ist um so verwerflicher, als es in Leipzig zahlreiche Familiennot gibt, die sich die Hilfe nach Arbeit schier wundlaufen. Hier könnte gut ein Mann unterkommen finden. Abgesehen davon steht die Bezahlung, die die Firma anbietet, in keinem Verhältnis mit der Arbeitszeit. In fast muschelischer Weise macht sich die Millionenfirma die allgemeine Not zunutze.

Neuwahl der Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes.

Bei den in der Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes am 9. Februar 1921 vollzogenen Neuwahlen wurden folgende Kollegen gewählt: Als 1. Bevollmächtigter wurde Hahn, als Kassierer Kranz ohne Gegenkandidaten, ersterer gegen wenige Stimmen, letzterer einstimmig wiedergewählt. Bei der Wahl des 2. Bevollmächtigten wurde an Stelle des Rollen Knaak, der eine Wiederwahl ablehnte, Kollege Wittig gewählt. Es wurden insgesamt 1841 Stimmzettel abgegeben, hiervon erhielten Wittig 883, Herber 227, Heßler 125, Dittke 43, resp. 33, unglücklich waren 20 Stimmen. Bei der Wahl der Beisitzer zur Ortsverwaltung wurden 1510 Stimmzettel abgegeben, es erhielten Stimmen: Dittke 875, Dorschel 869, Wittig 835, Reß 937, Pöhl 907, Horia 901, Kunert 888, Bepkau 881, Thiele 780, Steber 725, Härtma 680, Gerbich 609, Dittke 468, Scheller 383, Biermann 84, resp. 240, unglücklich waren 58 Stimmen. Die ersten acht sind gewählt. Da aber Kollege Wittig als 2. Bevollmächtigter gewählt wurde, tritt Kollege Thiele mit der nächsthöchsten Stimmzahl an dessen Stelle.

Für die im selben Wahlgang vollzogene Wahl der Revisoren wurden 1458 Stimmzettel abgegeben. Es erhielten Stimmen: Sonntag 1042, Hartung 1008, Krüger 992, Herling 810, Kunhardt 794, Reiser 621, Passow 597, Wadewitz 597, Witz 248, Kuna 203, resp. 203, unglücklich waren 58 Stimmen. Gewählt sind die ersten fünf. Bei der Wahl der Lokalbeamten, die laut Anstellungsvertrag ebenfalls alljährlich neu gewählt zu werden sind, wurden 1457 Stimmzettel abgegeben. Es erhielten Stimmen: Heßler 1167, Hermann 1113, Pfüge 1050, Beyer 1028, Pfa 958,

Schönkewitzer 858, resp. 811, unglücklich waren 25 Stimmen. Gewählt sind die ersten fünf, da insolge Umstellung eines Betriebsratssekretärs ein Kollege von den bisherigen Kollegen ausfiel. Bei der Wahl zum Betriebsratssekretär wurden 1290 Stimmzettel abgegeben. Es erhielten Stimmen: Brahet 543, Köppl 307, Dittke 189, Reß 129, resp. 129, unglücklich waren 70 Stimmen. Gewählt ist Kollege Brahet. Der Bevollmächtigte.

Rechts-Beurteilungen in der Metallindustrie.

Die Werkzeugfabrik Franz Bülow in Leipzig-Lindenau, Demmeringstr. 175, sucht Dreher- und Fräherlehrlinge. Bei der Firma werden bei 15 Gehlüssen zur Zeit 22 Lehrlinge beschäftigt. Vier von diesen 22 lernen zu Ostern d. J. aus. An deren Stelle soll jedenfalls entsprechend der bisherigen Gepflogenheit der Firma die doppelte und dreifache Zahl der Auscheidenden wieder eingestellt werden. Im Jahre 1920 lernten zwei aus und 6 Lehrlinge wurden wieder angenommen. Tritt dieses Verhältnis wieder ein, dann verringert sich die Zahl der Gehlüssen immer mehr, so daß eine Ausbildungsnotlage in dieser Lehrlingsbrutalität gar nicht mehr in Frage kommen kann. Daß man nur billige Arbeitskräfte haben will, beweist schon die Suche nach Fräher-Lehrlingen. An der Frösmaschine kann jeder Arbeitsbursche nach kurzer Zeit angelehrt werden, allerdings muß man den Arbeitsburschen besser bezahlen als einen Lehrling. Die Lehrlinge werden in dieser Brutalität auf bestimmte Handgriffe und Spezialarbeiten eingerichtet, so daß eine allseitige Ausbildung gar nicht in Frage kommt. Haben die Lehrlinge dann 4 Jahr hinter sich, müssen sie andern Lehrlingen Platz machen und das Meer der Arbeitslosen vergrößern. Erhalten sie Arbeit in andern Betrieben, dann werden sie zum großen Teil als sogenannte minderwertige Arbeiter bezeichnet, denen man einen geringeren Lohn zu geben versucht. Bei der ersten besten Gelegenheit fliegen sie auch hier rücksichtslos auf die Straße, wie der letzte Metallarbeiterknecht bewiesen hat. Daß die Unternehmer ihre Lehrlinge haben, damit sie in der drastischsten Art und Weise an den Bräner stellen, spielt für sie keine Rolle. Sobald die billigen Arbeitskräfte ihre Schuldbüchse an den Hals hängen können, können sie gehen. Es ist Pflicht aller Eltern und Vormünder, derartigen Betrieben ihre Kinder auf keinen Fall zur „Ausbildung“ zu überlassen. Deutscher Metallarbeiter-Verband.

An die Gewerkschaftstafel.

Die städtische Landesstelle für Gemeinwirtschaft hat vor einiger Zeit Fragebogen verschickt, um festzustellen, inwieweit gegenwärtig in den Industriebetrieben durch Unternehmer oder Betriebsräte der Arbeiter und den Angehörten Lebensmittel, Bekleidungsgegenstände usw. vermittelt werden und welche Erfahrungen hiermit gemacht worden sind.

Bisher ist die Erhellung dieser Fragebogen in nur ungenügender Weise erfolgt, so daß die nötige Übersicht über die Verhältnisse nicht erreicht wird. Die Kartelle sollten es sich angelegen sein lassen, soweit dies unterlassen worden ist, die Feststellungen baldmöglichst zu veranlassen und die ausgefüllten Fragebogen umgehend einzusenden.

Landesstelle für Gemeinwirtschaft: (gez.) Schombor.

Gegen den Warenhandel der Betriebsräte.

In einer Versammlung der Konsumvereine, Gewerkschaften und Betriebsräte aus Hesse und Hessen, Kassel wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen: „Die anwesenden Betriebsräte und Vorstände der Gewerkschaften erklären in dem Streben der Arbeiter, die Betriebsräte mit dem Warenhandel aller Art zu beschäftigen, kein geeignetes Mittel, einen dauernden Preisabbau herbeizuführen. In weit höherem Maße sind die Selbsthilfeorganisationen der Verbraucher die gegebenen Organe, auf gemeinschaftlicher Grundlage den Bedarf der Verbraucher zu vermitteln. Sie bitten daher die Mitglieder der Gewerkschaften, gegen den wilden Warenhandel aufzutreten und dafür die bestehenden Konsumgenossenschaften durch Stärkung ihrer finanziellen Mittel und rege Teilnahme an ihrem inneren Ausbau zu ihren höheren Aufgaben zu fördern.“

Diese Stellungnahme ist sehr erfreulich. Es ist zu wünschen, daß überall so gehandelt wird. Die Betriebsräte haben ganz andre Aufgaben zu erfüllen, sie dürfen sich von den Unternehmern nicht zu Dingen drängen lassen, die sie von ihrer eigentlichen Arbeit ablenkt. Auch der Warenhandel der Gewerkschaften vertritt sich mit dem Kampfcharakter nicht. Auch dieser solle unterbleiben.

Lohnkampf in der thüringischen Zementindustrie.

In der thüringischen Zementindustrie sind ernste Lohnstreiks seitens ausgebrochen. Ein Schiedspruch des Schlichtungsausschusses auf Zahlung höherer Löhne wurde von den Werksleitungen nicht anerkannt, nachdem der Zementpreis durch den Staat um 15 Prozent heruntergesetzt worden ist.

Zum Streik in der Herrenkonfektionsbranche wird mitgeteilt, daß im Reich etwa 480 Betriebe mit 50 000 Beschäftigten am Kampf beteiligt sind. Sehr erfreulich ist es, daß auch der Verband der Zuschneider, der der Ufa angeschlossen ist, beschlossen hat, sich zentral am dem Streik zu beteiligen.

Ein Antistreibgesetz in Amerika.

Nach einer Meldung aus Washington hat der amerikanische Senat einstimmig das Antistreibgesetz angenommen, dessen erster Paragraph lautet: „Wer in der Absicht, im Verkehr mit dem Auslande oder der Einzelstaaten untereinander die Beförderung von Gütern zu verhindern, mündlich, schriftlich oder auf eine andere Weise versucht, irgendeine Person, die bei dem Transport solcher Güter tätig ist, zu überreden, ihre Beschäftigung aufzugeben, oder wer solche Personen dazu anreizt, oder sie zu der Niederlegung ihrer Arbeit zu beeinflussen sucht, oder wer dieses Ziel mittels einer Verabredung oder eines Verbandes zu erstreben trachtet, soll eines Verbrechens schuldig sein und zu einer Geldstrafe bis zu 10 000 Dollar oder zu Gefängnis bis zu 10 Jahren oder zu beiden Strafen zugleich verurteilt werden.“ Wenn das Repräsentantenhaus, dem der Entwurf nun vorgelegt wird, ebenfalls zustimmt, würde damit den Eisenbahn- und Transportarbeitern das Streikrecht vollständig genommen sein.

Briefkasten der Redaktion.

H. I., Kleinräucher. Ja, dazu sind Sie verpflichtet, wenn Sie dazu in der Lage sind. Wenn nichts vorhanden ist, kann auch nichts bezahlt werden. U. G. Die Kündigung ist nur für den Schluß eines Kalendermonats zulässig und muß spätestens am Ende des Monats erfolgen. A. S. Darüber kann nur vom Schlichtungsausschuss nach eingehender Prüfung des einzelnen Falles entschieden werden. Im allgemeinen läßt sich die Frage nicht beantworten. M. B. 104. 1. An die Eisenbahnverwaltung können Sie höhere Ansprüche nicht stellen. Eine Klage würde ausfallslos sein. 2. Wenn Sie den Schuldigen feststellen können, so können Sie von ihm Schadenersatz verlangen. 3. Ob die Klage Erfolg hat, können wir nicht voraussagen, Landgericht.

